Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 17 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 16 000 Mk. Bei Postbezug monatl. 17 060 Mk. Unter Streifband in Polen monatlich 24 000 Mk., in Deutschland und Danzig 18 000 deutsche Mk. — **Einzelnummer 1000 Mk.** — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonelzeile 800 Mark, für die 90 mm breite Reklamezeile 3200 Mark. Deutschland und Freistaat Danzig 800 bezw. 3200 deutsche Mark. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Auskunftsgebühr 2000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202 157.

Nr. 171. **Bromberg, Dienstag den 31. Juli 1923.** **47. Jahrg.**

Die Lage in Deutschland.

Eine Erklärung der Warschauer deutschen Gesandtschaft.

Die deutsche Gesandtschaft in Warschau sandte dem „Nasz Przegląd" folgende Mitteilung:

Die Angabe im „Kurjer Informacyjny i Telegraficzny" Nr. 168, als ob die deutsche Gesandtschaft dem Vertreter des „Kurjer" erklärt hätte, es unterliege keinem Zweifel, daß es am Sonntag, den 29. d. M., in Berlin zu ernsten Unruhen kommen würde, entspricht nicht den Tatsachen. Die Gesandtschaft besitzt keinerlei Unterlagen, die die phantastischen Gerüchte, die in Warschau über angeblich bevorstehende Unruhen in Deutschland kursieren, bestätigen könnten.

Warschau, den 27. Juli 1923.

Der deutsche Geschäftsträger: gez. Bendorff.

Aus Kreisen, die der deutschen Gesandtschaft in Warschau nahestehen, erhält der „Nasz Przegląd" noch folgende Meldung: Die deutsche Gesandtschaft hat keine Nachrichten erhalten, die die alarmierenden Gerüchte, die am Freitag in Warschau umliefen, bestätigen könnten. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Lage in Deutschland sehr ernst sei. Der Sturz der Mark und die wachsende Teuerung haben zu einer gefährlichen Gährung und zu Unruhen geführt, die indessen nur einen lokalen Charakter hatten und rasch unterdrückt wurden. Die Regierung ist sicher, daß sie die Lage beherrscht. Sie hat die entsprechenden Abwehrmaßnahmen getroffen und ist entschlossen, sich ihrer gegen alle Ausschreitungen, sei es von kommunistischer Seite oder von seiten der äußersten Rechten, zu bedienen. Alle Versammlungen, die auf den Sonntag anberaumt waren, wurden verboten.

*

Unwahre Gerüchte in Warschau.

Bereits vor einigen Tagen entstand im Warschauer Sejm eine gewaltige Aufregung. Ein jüdischer Abgeordneter verbreitete die Nachricht, eine Warschauer Gesandtschaft — nicht die deutsche — habe auf Umwegen die Nachricht erhalten, daß

in Berlin Revolution

ausgebrochen sei und daß ein Hohenzoller an die Spitze des Staates getreten sei. Ein wahrer Sturm von Abgeordneten und Journalisten auf den einzigen anwesenden deutschen Korrespondenten war die Folge. Auf der deutschen Gesandtschaft hatte man keine Mitteilungen, was schon darauf zu deuten schien, daß es sich um wilde Gerüchte, vielleicht zu Börsenzwecken, handelte. Schließlich stellte es sich heraus, daß tatsächlich eine Gesandtschaft die unkontrollierbare Nachricht weitergegeben hatte. In später Abendstunde gelang es den polnischen Sozialisten, telephonische Verbindung mit Berlin zu erhalten und so erfuhr man denn, daß weder eine linksradikale Revolution noch ein Kapp-Putsch stattgefunden habe.

Auch eine ähnliche, in polnischen Zeitungen verbreitete Meldung aus Königsberg ist nur als ein unsinniges Gerücht zu bezeichnen. Danach soll der zweite Sohn Wilhelms II., Prinz Eitel Friedrich von Preußen, auf dem Wege nach Ostpreußen gesichtet sein, wo er ein neues Königreich Preußen proklamieren wolle, in dem er für den legitimen Thronfolger, den Prinzen Wilhelm, den unmündigen ältesten Sohn des ehemaligen Kronprinzen, die Regentschaft übernehmen werde. Selbstverständlich gehört diese Meldung genau so in das Reich der Fabel wie andere Märchen, die in diesen unruhigen Tagen die Köpfe verwirren und unter phantastischen Gemütern gläubige Anhänger finden.

*

Angriffe gegen das Kabinett Cuno.

Die Berliner „Germania", das führende Blatt des Zentrums, bringt einen aufsehenerregenden Artikel gegen die Politik des Reichskanzlers Dr. Cuno, zu dem das Vertrauen vollständig erschüttert sei. Das Zentrumsblatt erklärt, daß bereits von linksstehender Seite der Ruf nach einem Diktator ausgehe, was für die verzweifelte Stimmung bezeichnend sei. Die augenblickliche Regierung besäße keine Kraft und keine Autorität mehr.

Die Angriffe des Zentrums finden Unterstützung in der Ullsteinpresse, während die übrigen demokratischen Organe — vor allem die „Königsberger Hartungsche Zeitung" einem Kabinettswechsel widersprechen.

Die Stellungnahme der am Kabinett Cuno nicht beteilig- Sozialdemokratie ist noch unentschieden. Der auf dem linken Flügel stehende Außenpolitiker der Partei, der früher „unabhängige" Dr. Breitscheid, verlangt in der „Leipziger Volkszeitung" den sofortigen Rücktritt des Kabinetts. Anderer Meinung ist der Parteivorsitzende, der frühere Reichskanzler und Außenminister Hermann Müller-Franken, der im „Vorwärts" davor warnt, ein Kabinett zu stürzen, für das man noch keinen Nachfolger habe. Es müsse alles vermieden werden, was im Ausland den Eindruck erwecken könnte, als ob in Deutschland das Gefüge des Staates am Zusammenbrechen sei. Hermann Müller schließt seinen beachtenswerten Aufsatz mit folgenden Sätzen:

„Trotzdem die Stimmung sicherlich in den breiten Massen des Volkes so verzweifelt ist wie sie im Herbst 1918 war, dürfen wir nicht vergessen, daß damals die Massen auf Freiheit, Frieden und Brot hofften. Wenn heute eine politische Revolution käme, so würde sie weder Freiheit, noch Frieden, noch Brot bringen; dafür würden schon die Narrenstreiche der Kommunisten sorgen, die ihre historische Aufgabe darin erblicken, die Konterrevolution herbeizuführen. Auf den Bürgerkrieg in Deutschland warten die Rheinbundpolitiker in Frankreich. Die französischen Agenten berichten wöchentlich ihrem Meister Poincaré, daß spätestens im November der Bürgerkrieg in Deutschland da wäre, und deshalb zieht dieser die Verhandlungen mit England so in die Länge. Es geht um das Rheinland, es geht um die Einheit der deutschen Republik."

Der Sonntag in Berlin.

Trotzdem die deutsche und preußische Regierung die geplanten Kommunistenumzüge verboten und auch die kommunistische Parteileitung selbst in der „Roten Fahne" ihren Aufmarsch abgeblasen hatte, wurde noch am Sonnabend in kommunistischen Volksversammlungen für Demonstrationen agitiert. Ein besonders temperamentvoller Redner führte u. a. aus: „Wir werden am Sonntag in Berlin die Straßen vom Norden bis zum Süden, vom Westen bis zum Osten mit der Wucht der Arbeitermassen füllen. Wir werden wie die Teufel in Berlin arbeiten. Das Gewimmel muß so groß sein, daß die Reichswehr und Schupo in den Arbeitermassen ersticken."

Die Massen zeigten sich anscheinend vernünftiger, und die Sicherheitsmaßnahmen wurden respektiert. **Nach den uns bis zum Redaktionsschluß vorliegenden Meldungen ist der gefürchtete Sonntag in Berlin und darüber hinaus im ganzen Reich ruhig verlaufen.**

Allerdings sind die Gefahren, die dem von Frankreich „im Frieden" zerstörten Deutschland und damit dem ganze[illegible]tinent und der europäischen Kultur drohen, keineswegs überwunden. . Die Teuerung dauert auch nach der Besserung des Markurses an; die Lebensmittelnot wächst.

Rettung vor dem Zusammenbruch!

Kundgebung der deutschen Reichsregierung.

Die Folgen des Ruhreinbruchs. — Einschneidende Wirtschaftsmaßnahmen. — Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

Der deutsche **Reichspräsident** und die **Reichsregierung** haben folgende Kundgebung erlassen:

Zu der schweren Bedrückung und Entrechtung, der die besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr ausgesetzt sind, gesellt sich dort, wie im nicht besetzten Deutschland steigende Wirtschaftsnot.

Bis zum heutigen Tage verhindert Frankreich jede Lösung der Entschädigungsfrage, die Deutschland auch nur das Leben läßt. Durch den Einbruch ins Ruhrgebiet hat es die Wirtschafts- und Finanzkraft Deutschlands aufs schwerste getroffen und erschüttert; so ist Deutschland zu einer ungeheuerlichen Vermehrung der Zahlungsmittel gegen seinen Willen gezwungen. Eine unerhörte Entwertung des Geldes ist die Wirkung. Dazu kommen eben jetzt, am Ende des Erntejahres, natürliche Schwierigkeiten der Ernährungsversorgung, die sich in diesem Jahre, da die Ernte um mehrere Wochen verspätet ist, verschärfen.

Alle diese Nöte führen zu schweren körperlichen, schweren seelischen Leiden der Bevölkerung. Zwar kann auch nach dem Zeugnis unbefangen urteilender Politiker und Sachverständiger des Auslandes, auch in den Gläubigerstaaten, Deutschland zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nur durch eine vernünftige Regelung der Entschädigungsfrage kommen. Bis dahin aber muß und wird das deutsche Volk sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten. Die deutsche Regierung wird fortfahren, alle irgend möglichen Maßnahmen zu treffen, die dieses Ziel zu erreichen helfen.

*

Finanzielle Maßnahmen.

Zunächst gilt es, die **Finanzen** des Reiches zu stärken, um der ungeheuerlichen Entwertung des Geldes Einhalt zu tun. Bei der **Einkommensteuer** ist bereits durch entsprechende Vorauszahlung dafür gesorgt worden, daß nicht nur von den Lohnsteuerpflichtigen, sondern auch von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen, schon während des Veranlagungsjahres die Steuer entsprechend der Geldentwertung geleistet wird. Nach einem den gesetzgebenden Körperschaften zugehenden Gesetzentwurf sollen auch die **Vermögenssteuer** und die **Erbschaftssteuer** so gestaltet werden, daß sie der Geldentwertung folgen. Die **Börsenumsatzsteuer** ist vor kurzem verdoppelt worden. Bei den **Verbrauchssteuern** sollen zur Erzielung ihes raschesten Einganges die erst jüngst vom Reichstag verkürzten Fälligkeitsfristen auf das geringstmögliche Maß gemindert werden. Dem Reichsrat ist bereits ein Gesetzentwurf zugegangen, der als **Opfer für Rhein und Ruhr** auf breitester Grundlage von allen Leistungsfähigen im unbesetzten Deutschland durch Vervielfachung der bereits der Geldentwertung angepaßten Einkommensteuervorauszahlungen große Anforderungen stellt. Diese Maßnahmen werden dem Reiche rasch sehr erhebliche Geldmengen zuführen. Die Ausgabe einer **wertbeständigen Anleihe** soll breitesten Volkskreisen die Möglichkeit bieten, das Sparbedürfnis zu befriedigen, sich gegen Entwertung zu sichern, und so auch dem ungesunden Ansturm auf Warenvorräte und Devisen entgegenzuwirken. Die auf dem Gebiete des **Devisenverkehrs** beschlossenen Maßnahmen werden dahin wirken, daß Devisen in stärkerem Umfange als bisher dem Reiche zufließen und so für unentbehrliche Einfuhr, insbesondere von Lebensmitteln, reichlicher zur Verfügung gestellt werden können. Die Einfuhr überflüssiger Luxuswaren wird nach Möglichkeit gehemmt werden.

Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung ist bereits gesichert und wird weiter festgehalten werden. Die Reichsbank hat Maßnahmen beschlossen, die grundsätzlich die Frage des Goldkredits der Lösung näherbringen.

Die hiermit kurz gekennzeichneten Maßnahmen werden, soweit sie der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, von diesen voraussichtlich im Laufe der nächsten zwei Wochen verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt werden. Wenn auch nicht bei jeder dieser Maßnahmen die Wirkung sogleich deutlich fühlbar sein wird, als Gesamtergebnis wird, soweit es an der deutschen Regierung liegt, dadurch eine **Entspannung der Wirtschaftslage eintreten.**

Mark u. Dollar am 30. Juli.

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. M. = loko 375 d. M. 1 Dollar = 900 000 d. M.
(Auszahlung Warschau: —)

Warschauer Börse

1 d. M. — 0,15 p. M. 1 Dollar 179 000 p. M.

Sicherung der Ernährungslage.

Das deutsche Volk wird mit diesen Maßnahmen sich selbst in seinem Kampfe um Leben, Recht und Freiheit Halt und Stütze geben und zugleich den Beweis erbringen, wie stark sein Wille ist, sich trotz aller auf ihm lastenden schweren Not, in diesem Kampfe entschlossen zu behaupten. Angriffe gegen die staatliche Ordnung können die Lage nicht bessern, sondern nur den Weg zur Genesung erschweren. Das deutsche Volk will von solchen Störungen nichts wissen. Es will leben, arbeiten und seine staatliche Ordnung bewahren, die es sich selbst in der Zeit schwersten Unglücks aus eigenem Willen gegeben hat. Große und schwere Pflichten obliegen allen Ständen. Im Vordergrund steht die Sicherung der Ernährung. Für die Landwirtschaft und den Handel ist es darum staatsbürgerliche Pflicht, so schnell als möglich und in weitestem Umfage die Ernteerträge dem Verbrauch zukommen zu lassen. Die Lohn- und Gehaltsbemessung von Arbeitern und Angestellten muß die Ernährung und Erhaltung der Familie ermöglichen. Auf allen Männern und Frauen des ganzen Volkes liegt die Pflicht, in klarer Besinnung die tägliche Arbeit fortzuführen und in allen Sorgen und Kümmernissen der Gegenwart die Ruhe und Ordnung des Staates als die Grundlage künftigen Aufstieges unseres Volkes zu bewahren. Allen endlich, die im politischen Leben der Parteien, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben tätig sind, obliegt es, das Ihre zu tun, um unser Volk stark zu machen in der Erkenntnis der Ursachen und der Notwendigkeit unserer Lage, wie im Entschlusse des Ausharrens. Dienst am Vaterlande ist die beste Gewähr für das Wohl des einzelnen.

Für Deutschland haben unsere Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr Ungeheures auf sich genommen. Sie mögen uns Vorbild sein! Wir würden sie verraten, wenn wir vom geraden Wege der Pflicht abließen. Wie sie, müssen wir ihn gehen, für Leben, Frieden und Wohlfahrt unseres Volkes, für die Freiheit Deutschlands."

Der Reichspräsident. gez Ebert.
Der Reichskanzler. gez. Cuno.
Die Reichsminister: v. Rosenberg. Oeser. Hermes. Becker. Brauns. Heinze. Geßler. Groener. Luther. Albert.

*

Reichskanzler Cuno an die deutsche Landwirtschaft.

Reichskanzler Dr. Cuno hat an die Führer der Landwirtschaft folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Städte sind infolge der Verspätung der Ernte von Kartoffeln entblößt. Auch sonst wachsen die Ernährungsschwierigkeiten der großen Verbrauchermassen. Ich richte daher an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf, alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge, insbesondere der Frühkartoffeln, möglichst umgehend dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern."

Der Reichskanzler und der Reichsernährungsminister werden in den nächsten Tagen auch mündlich mit der Landwirtschaft wegen Behebung der Ernährungsschwierigkeiten erneut ins Benehmen treten.

Dąbskis Kritik.

Nach den Ausführungen des Außenministers Seyda in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten am 26. d. M. ergriff der Abgeordnete Jan Dąbski zu einer längeren Kritik der Ministerrede das Wort. Jan Dąbski, der gegen die Beteiligung der Witosbauern an der Rechtsregierung opponierte, und mit 13 Gesinnungsgenossen, die gleichfalls aus der Piastenpartei austraten, eine eigene Volkspartei gründete, ist auf außenpolitischem Gebiet besonders durch den Abschluß des günstigen Rigaer Friedensvertrages bekannt geworden, den er für Polen unterzeichnete. Dąbski führte etwa folgendes aus:

Zu dem Verlust der **Delbrück-Schächte** hat sich der Außenminister bekannt. Hier wurde also die Niederlage bestätigt. Die Tatsache, daß der Engländer und Italiener gegen uns gestimmt haben, zeugt für den Niedergang unseres Prestiges in Europa.

Was das **Verhältnis zur Tschechoslowakei** anlangt, so stellen die Ausführungen des Ministers diese Angelegenheit in noch schlechterem Lichte dar. Wenn der Minister wußte, daß die Tschechen eine russenfreundliche Politik treiben, so brauchte man ihnen nicht herzliche Gesten zu machen. Die Artikel des „Ceske Slowo" und der „Prager Presse" beweisen, wie gering Herr Benesch die polnische Regierung einschätzt. Wenn man hinzufügt, daß Herr Benesch trotz der Intervention des Vertreters Polens, an die der Minister erinnerte, Polen keine Satisfaktion geben wollte und die Stimme der „Prager Presse" für eine bloße Zeitungsstimme erklärte, so beweist das wie sicher sich gegenwärtig Herr Benesch fühlt und wie er Polen vor den Wahlen zum Völkerbundrat einzukreisen sucht.

Das klassischste Beispiel dafür, wie der gegenwärtige Außenminister eine diplomatische Niederlage verheimlicht, **bildet die Danziger Angelegenheit.** Länger als eine Woche

mußten wir die merkwürdige Wahrnehmung machen, daß der Minister uns mit verschiedenen zurechtgemachten Mitteilungen traktierte, und den Inhalt der Resolution des Völkerbundrates nicht veröffentlichte. Um die Größe der Niederlage in dieser Sache zu ermessen, muß man sich ins Gedächtnis rufen, was die polnische Regierung gewollt hat. Die Sejmresolution in der Danziger Angelegenheit verlangte die Umkehrung des tatsächlichen Standes gemäß dem Versailler Vertrage. Die in diesem Sinne redigierte Note der polnischen Regierung an den Völkerbund vom 20. Juni d. J. verlangte wörtlich, daß die Bestimmungen, die in den Artikeln 100 bis 108 des Versailler Vertrages enthalten sind, ausgeführt würden zur grundsätzlichen Revision des jetzt bestehenden Zustandes und zur Inkraftsetzung der zugunsten Polens durch den Versailler Frieden festgesetzten Garantien. Das verlangte die polnische Regierung, obgleich sie dieses Verlangen, wie wir sehen, unerhört zaghaft und unsicher formulierte.

Was antwortete darauf der Völkerbundrat bzw. Herr Quinones de Leon? (Quinones de Leon, ein Spanier, war Berichterstatter des Völkerbundrats in der Danziger Angelegenheit. D. Red.) Er empfahl der polnischen Regierung, weiter mit Danzig zu unterhandeln unter dem Protektorat des Sekretariats des Bundes, d. h. den Weg zu beschreiten, der für Polen nicht gangbar war, da die polnische Regierung weitere Unterhandlungen mit Danzig für fruchtlos erklärt hatte. Der Rat verlangte außerdem von der polnischen Regierung, sie möchte alle Repressivverordnungen zurückziehen, und die polnische Regierung hat dies unverzüglich getan. Auf die Forderung Polens aber, zwischen der unglücklichen Pariser Konvention vom 9. 11. 20 und dem Versailler Vertrag eine Übereinstimmung herzustellen, äußerte der Völkerbundrat seine Ansicht dahin, daß es nicht notwendig sei, sich gegenwärtig mit einzelnen Fragen, die durch den Hohen Kommissar oder die polnische Regierung angeschnitten worden sind, Fragen von allgemeiner Bedeutung, die mit den speziellen strittigen Fragen nicht zusammenhängen, zu befassen. Weiter gab Herr Quinones de Leon die Ansicht zum besten, daß die Konvention vom 9. 11. 20 die vollständig gültige Rechtsgrundlage darstelle für das Verhältnis zwischen Polen und Danzig, daß man sich aber im Falle des Zweifels bei der Auslegung irgendeiner Klausel dieser Konvention auf den Art. 104 des Versailler Vertrages berufen könne, auf Grund dessen die Konvention abgeschlossen wurde. Das bedeutet, daß der Völkerbundrat die Pariser Konvention als die Hauptplattform für das polnisch-Danziger Verhältnis sanktionierte. Der Versailler Vertrag könne nur Zweifel aufklären, was im übrigen wenig produktiv sein wird, da der Vertrag allgemeiner gehalten ist als die Konvention. In diesem Punkte haben wir also verspielt.

Was die Zuständigkeit des Hohen Kommissars anlangt, dessen Entscheidungen, wie die Note des Herrn Seyda vom 20. Juni besagt, sich von dem Geiste und dem Inhalt des Versailler Vertrages entfernen, so lautet die Ansicht des Bundes darüber: Bezüglich der Kompetenzen des Hohen Kommissars bin ich der Ansicht, daß diese Angelegenheit ungewöhnlich subtil ist (eine Mahnung zur Bescheidenheit für die Herren Seyda und Plucinski), worüber ich heute noch nicht das letzte Urteil abgeben möchte. Es scheint mir, daß der Hohe Kommissar grundsätzlich in jeder Frage zu urteilen verpflichtet ist, ob er zur Entscheidung eines vorhandenen Mißverständnisses zwischen Danzig und Polen kompetent ist. Das, was Herr Quinones de Leon weiter sagt über die Abgrenzung der Zuständigkeit (z. B. über die Nichteinmischung in die Kompetenz der Gerichte beider Länder), hat doch gar keine Bedeutung. Danach hat der Völkerbundrat die Autorität oder vielmehr die Diktatur des Hohen Kommissars nicht verkürzt, sondern bestätigt.

Was das Verfahren anlangt, das der Hohe Kommissar festsetzte, und das die polnische Regierung abändern wollte, so drückte das Herr Quinones de Leon mit feiner Ironie so aus: „Ich bin nicht der Ansicht, daß der Schatten des Unterschieds zwischen der durch den Hohen Kommissar ausgedrückten Ansicht und der Erklärung des Vertreters Polens in Danzig große Bedeutung habe usw."

Die weitere Debatte.

Warschau, 29. Juli. Gestern wurde in der Außenkommission die Debatte über die Außenpolitik beendet. Als erster sprach der Vertreter der Sozialdemokraten Dr. Perl. Er hob hervor, daß die Tschechen immer mit Rußland gegen Polen seien und die Grenze gegen Rußland als ungeklärt betrachten. Deswegen denke seine Partei gar nicht an einen Vertrag mit den Tschechen, sondern wünsche nur korrekte nachbarliche Beziehungen. Bezüglich Danzigs wäre die Erledigung des Problems abzuwarten; viel hänge hier von England und von Polen ab. Dafür aber müßte der Minister baldige Erklärungen geben über das Verhältnis zu Sowjetrußland und die Haltung, die die Regierung gegenüber den Ereignissen in Deutschland einzunehmen gedenkt. Abgeordneter Reich (Jüdischer Klub) fragte den Außenminister, wie es in Anbetracht der Aufwerfung der Minoritätenfrage in Litauen durch den polnischen Delegierten beim Völkerbund, mit den Minoritäten in Polen stehe? Der Nationaldemokrat Kozicki äußerte seine Überzeugung, daß die Zugehörigkeit Polens zur Kleinen Entente von der öffentlichen Meinung als ungünstig betrachtet würde, dies sowohl wegen ihrer engen Ziele, wie auch wegen des Verhältnisses zu Italien. Das Verhältnis zu den Tschechen könne nicht die Gefühle bestimmen, sondern das gemeinsame politische Interesse in Mitteleuropa. Abg. Bobek von der Volkspartei schilderte die Verfolgungen der polnischen Bevölkerung im tschechischen Teil von Teschen. Nachdem Generalkommissar Plucinski in einigen Sätzen die bekannten Ansichten der Regierung über die Danziger Frage wiederholt hatte, schloß Minister Seyda die Debatte mit folgenden Bemerkungen: Die Debatte habe gezeigt, daß zwischen den Ansichten der Regierung und jenen der gegnerischen Parteien kleinere Verschiedenheiten bestehen, als zu erwarten war. In der Danziger Angelegenheit braucht man, wenn man will, von keinem Erfolg zu sprechen, es genügt, den Schritt vorwärts festzustellen. Jedenfalls waren die Meldungen über eine Niederlage schädlich. Die Mitarbeit mit den Baltischen Staaten muß so sein, daß sie ohne Schärfe gegen Rußland stattfindet. Über die Ereignisse in Deutschland eine Regierungserklärung abzugeben, wäre verfrüht. Es genügt, zu sagen, daß wir an der Erhaltung des Friedens mitarbeiten werden, und daß wir darauf achten werden, daß die Ereignisse nicht auf uns übergreifen. Rußland hat Polen die Änderung seiner Verfassung mitgeteilt, die Antwort darauf erfolgt in der nächsten Woche. Gegenwärtig finden Verhandlungen im Zusammenhang mit der Anwendung des Rigaer Vertrages statt.

Der Antrag des Abg. Dabski auf Weiterführung der Debatte im Sejmplenum wurde mit 16 Stimmen gegen 14 abgewiesen, somit ist die Debatte als erschöpft zu betrachten.

Die Jaworzyna-Angelegenheit.

Warschau 29. Juli. Heute mittag ist die Außenkommission des Sejm abermals zusammengetreten, um die Erklärungen des Außenministers über die Jaworzyna-Angelegenheit anzuhören. Wie der „Przeglad" meldet, sprach Minister Seyda zuerst über die Überweisung der Angelegenheit durch den Botschafterrat an den Völkerbund und gab offen zu, daß diese Entscheidung des Botschafterrates für Polen ungünstig sei. Wie das Blatt erfährt, hat diese Erklärung eine sehr deprimierende Wirkung hervorgerufen; es wurden Stimmen nach einer Debatte darüber im Sejmplenum laut. (Der Botschafterrat hat die Jaworzyna-Frage dem Völkerbundsrate zur Begutachtung überwiesen, sich aber die letzte Entscheidung in der Sache vorbehalten. Red.)

Also in drei Punkten Absage auf der ganzen Linie. Soll das ein Grund zum Triumph sein? Ein Hinaustrompeten des polnischen Sieges unter solchen Bedingungen ist schädlich und gefährlich; denn die polnische Regierung stellt sehr geringe Forderungen an ihr Verhältnis zu Danzig, wenn sie sich über einen solchen Sieg freut. Der Wert der Erfolge, die der Minister Plucinski bei der mündlichen Aussprache auf dem Sekretariat des Völkerbundes über die verschiedenen polnisch-Danziger Fragen erreicht hat, wird sich erst dann erweisen, wenn es zu unmittelbaren Verhandlungen zwischen Polen und Danzig kommt, die uns von neuem wieder auferlegt wurden.

So sieht im Lichte der Dokumente und Zitate unser „Sieg" in Genf aus.

Was die **Rigaer Konferenz** anlangt, so ist es ein geringer Trost, daß nur ein Minister (Hellat) seine absprechende Ansicht über die Atmosphäre und das Ergebnis dieser Konferenz zum Ausdruck gebracht hat. Wenn andere nicht dasselbe gesagt haben, so ist das kein Beweis dafür, daß sie zufriedengestellt waren. Die Baltischen Staaten haben kein Vertrauen zu gewissen Parteien in Polen, die — es ist noch nicht lange her — über den Bestand der baltischen Staaten pessimistische Urteile abgaben. Aus einer dieser Parteien kam der gegenwärtige Außenminister. Und die Tatsache, daß er trotz wiederholter gegenteiliger Versicherungen nicht nach Riga gefahren ist, erregte Verdacht und vergiftete die Atmosphäre. Die allgemeine Bilanz dieser Konferenz ist für uns abträglich.

Was die Erledigung der **Memel-Frage** anlangt und **das Urteil des Höchsten Gerichtshofes im Haag über die deutschen Ansiedler,** so sind diese Sachen auf dem Wege der Erledigung, und in nicht langer Zeit werden die Tatsachen sicher zeigen, ob diese Angelegenheiten zu unseren Gunsten entschieden werden.

Im übrigen bin ich gezwungen, noch einmal die **Rede des Ministerpräsidenten Witos in Tarnow** zu berühren. Der ursprüngliche Text der Rede mit dem Satz von der „Ausdehnung nach Osten" wurde in dem halbamtlichen Organ des Präsidenten in Krakau veröffentlicht. Ich zweifle daran, daß durch die Veröffentlichung dieser Rede irgend jemand dem Herrn Präsidenten eine Bosheit zufügen wollte. Die Rede ist amtlich weder berichtigt, noch dementiert worden. Sie durchlief die deutsche und die russische Presse und machte großen Eindruck. Erst nach einer Woche entschloß man sich wegen des Lärms in der polnischen Presse, diese unglückliche Rede zu korrigieren, und ihr berichtigter Text wurde nun im Krakauer „Piast" veröffentlicht. Was nutzt das, wenn an demselben Tage in der Warschauer Zeitung „Wola Ludu" gleichfalls einem Organ der Piasten (Witosparteiler) der ursprüngliche Text der Rede veröffentlicht wurde, in dem wir wörtlich lesen: „Wenn es sich um die Politik handelt, die der Staat treiben muß, um sich auszudehnen, so muß man sagen, daß wir uns nach Westen nicht ausdehnen werden; wir müssen uns nach Osten ausdehnen." Auf diese Weise erschienen in zwei Organen des jetzigen Premierministers zwei verschiedene Reden des Ministerpräsidenten. Im „Monitor" wurde weder der eine noch der andere Text gedruckt, als wenn das amtliche Organ den Chef der Regierung boykottieren wollte. Auf diese Weise entsteht in der öffentlichen Meinung bei uns und im Auslande Chaos und Unfriede, denn das Auswerfen eines derartigen Losungswortes (von welcher Ausdehnung auch immer die Rede sein mag!) gibt den Feinden Waffen an die Hand und den Vorwand zur Verbreitung von Märchen über das Thema vom polnischen Imperialismus. Das Drucken und Verbessern von Reden erhöht nicht das Ansehen derer, die sie gehalten haben." —

*

Radek zur Witosrede.

In der Moskauer offiziösen „Prawda" bespricht Radek die letzte Rede des polnischen Ministerpräsidenten Witos in Tarnow über die Expansion nach Osten als einen Versuch, zur Politik Pilsudskis zurückzukehren. Er meint, daß solche Versuche jeden Wunsch Sowjetrußlands, mit Polen in gutnachbarliche Beziehungen zu leben, im Keime ersticken müssen.

Polnische Vertreter in Sinaja?

Warschau, 29. Juli. (Eigene Meldung.) Wie die PAT. heute meldet, ist der frühere Gesandte in Prag, Piltz, in spezieller Mission nach Bukarest gereist; der Direktor des politischen Departements im Außenamt, Dr. Kozminski, hat nach derselben Quelle einen zehntägigen Urlaub angetreten. Der „Robotnik" erklärt dazu, daß beide Nachrichten nach seinen sicheren Informationen unrichtig sind. Beide Diplomaten haben sich gestern nach Sinaja begeben. Der „Robotnik" stellt dabei die Frage, welches wohl der Zweck dieser Reise sein möge.

Heute Uebereichung der belgischen und französischen Antwort in London.

Paris, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die belgische Antwortnote wurde am heutigen Sonntag mittag dem Qua d'Orsai (d. i. dem französischen Außenministerium) durch den belgischen Gesandten zugestellt und sofort an Poincaré nach Chapigsay weitergegeben. Wie der „Temps" mitteilt, werden die französische und belgische Antwort morgen (Montag) im „Foreign office" (dem britischen Außenministerium) überreicht werden.

*

Ein englischer Schritt in Brüssel.

Der Pariser Korrespondent des „Temps" führt die Einstellung Belgiens in der Reparationsfrage auf die offiziellen Vorhaltungen zurück, die der englische Gesandte in Brüssel, Sir Graham, in den letzten Tagen vorbrachte. Sir Graham gab zu verstehen, daß England in Berlin wegen Einstellung des passiven Widerstandes vorstellig werden könne, wenn es sich vergewissert habe, daß für eine Regelung des Reparationsproblems mit den Verbündeten hinreichend Aussicht bestehe. Es verlautet, daß der belgische Außenminister Jasper auf Grund des englischen Schritts die Absicht habe, sich nach London zu begeben, um mit den englischen Ministern eine persönliche Aussprache darüber zu führen. Der belgische Ministerpräsident Theunis hielt jedoch den Gedanken des Außenministers für unzweckmäßig und erklärte, es müsse zunächst ein vollständiges Einvernehmen zustande kommen. Der darauf einberufene Ministerrat vertrat den Standpunkt, daß man zurzeit die von Jasper vorgeschlagene Initiative nicht ergreifen könne.

*

Nittis Prophezeiung.

Wie die Turiner „Stampa" meldet, hielt der frühere Ministerpräsident Nitti am Donnerstag in Turin eine große politische Rede. Nitti sagte, daß der Versailler Vertrag kein Friedensvertrag im Sinne der 14 Thesen Wilsons sei. Ginge Frankreich nicht freiwillig aus dem Ruhrgebiet hinaus, so müßten die Alliierten geschlossene Verträge zur Geltung bringen, genau wie England 1914 die Verletzung des belgischen Neutralitätsvertrages zum Grund seines Eingreifen gemacht habe. Nitti schloß: **In vier Monaten haben wir den wirklichen Frieden Europas oder den Anfang eines neuen Krieges.**

Baldwin gegen die französische Ruhrpolitik.

Der englische Premierminister Baldwin hielt in Glasgow auf der dortigen Handelskammer eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Die Hoffnung, die man sich bei Beendigung des Krieges gemacht hat, hat sich nicht erfüllt. Der erste Schritt, der gemacht werden muß, um die Desorganisation der ausländischen Märkte zu bekämpfen, ist die Regelung der Reparationsfrage mit den Deutschen. **Eine Besetzung in der Art, wie sie gegenwärtig im Ruhrgebiet in Kraft ist, hat dieselbe Wirkung auf den internationalen Handel, wie wenn man die Klinge seines Taschenmessers in ein Uhrwerk hineinstecke!"**

Baldwin erklärte am Schluß seiner Glasgower Ausführungen: Bisher haben wir unter den Wirren in Mitteleuropa noch nicht so sehr zu leiden gehabt.

Aber der Zeitpunkt wird kommen, an dem Mitteleuropa nicht mehr in der Lage ist, für seine Einfuhr der Rohstoffe zu zahlen. **Dann bricht der ganze Mechanismus des Welthandels zusammen** und wir als Ausfuhrland für den Bedarf der Rohstoffe verbrauchenden Länder werden am schwersten darunter zu leiden haben.

Die Nationale Arbeiterpartei und die Regierung.

Warschau, 25. Juli.

In der Budgetkommission des Sejm wurde das provisorische Budget beraten. Die Sozialisten erklärten sich, wie der „Oberschl. Kurier" meldet, aus prinzipiellen Gründen gegen die Bewilligung des Budgets, da sie kein Vertrauen zur Regierung hätten. Die gleiche Stellungnahme hat die Nationale Arbeiterpartei, und dies umsomehr, wie ihr Vertreter ausführt, weil die Regierung statt Lohnerhöhungen bei den Streiks durchzusetzen, Soldaten und Polizei schicke. Von jüdischer Seite wird die Planlosigkeit der Regierung bei der Sanierung der Finanzen gerügt, die erst ein Projekt zur Sanierung vorlege, dann zurückziehe, und ein anderes nicht folgen lasse. Aus dieser Planlosigkeit und dem Mangel an Sparsamkeit, der Unmöglichkeit ausländische Anleihen, eben wegen dieser Wirtschaft zu erhalten, rusultiere der Ruin der Finanzen. Deshalb habe auch die jüdische Gruppe kein Vertrauen zur Regierung. Selbst eine bis zum Maximum getriebene Steuer werde nie das Defizit decken, zumal sie bisher keinen Plan für die Verwendung ds Budgets habe. Die jüdische Gruppe stimmt ebenfalls gegen die Bewilligung des Budgets. Von Seiten der radikalen Bauernpartei Wyzwolenie wird ebenfalls aus Mangel an Vertrauen zur Regierung das Budget nicht bewilligt, und erklärt, daß man sich weigern werde, die Vermögensabgabe zu entrichten, solange die Regierung keinen festen Finanzplan vorlege.

Finanzminister Linde gab dann die schon mitgeteilten Erklärungen; er sagte, der Plan zur Sanierung sei nahezu fertig, und in den nächsten Tagen schon würden die verschiedenen Verordnungen erscheinen. Nämlich Aufhebung und Beschränkung der Devisenbeschaffung. Das Recht, mit Devisen zu handeln, wird allen Instituten, die es vorher besaßen, zurückgegeben werden. Sie werden die Erlaubnis haben, alle Bedürfnisse ihrer Kunden (mit Ausnahme der Devisenbedürfnisse zum Ankauf von Luxusartikeln) zu decken .Die Regierung wird des näheren bestimmen, was unter Luxusartikeln zu verstehen ist. Um die Spekulation mit polnischer Mark zu verhindern, müssen alle Überweisungen die polnische Landes-Darlehnskasse durchlaufen. Die Regierung sichert sich ferner einen Teil der aus dem Export herrührenden Devisen, weshalb die Exporte in drei Gruppen geteilt werden, nämlich: 1. Wenn kein Rohmaterial aus dem Ausland für die Herstellung der Artikel bezogen werden muß, so müssen die gesamten Devisen der Regierung abgegeben werden; 2. Bei teilweiser Benötigung der Rohmaterialien aus dem Ausland werden 50 Prozent der Devisen von der Regierung eingefordert; 3. Textilien, 20 Proz. der Devisen für die Regierung.

Bei der Abstimmung wurde das Provisorium in zweiter und dritter Lesung mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Da jedoch die Politik Grabskis und seine Anordnungen eine völlige Umwälzung erfahren haben, hat die bereits bestehende Meinungsverschiedenheit unter den Gruppen an Schärfe bedeutend zugenommen. Von hervorragender Bedeutung sei es auch, daß die Nationale Arbeiterpartei nun offen zur Opposition gegen die Regierung übergegangen ist.

Beschlagnahme der Bromberger „Volkszeitung".

Am Sonnabend nachmittag wurde Nr. 22 der sozialdemokratischen Bromberger „Volkszeitung" auf telephonische Anordnung der Staatsanwaltschaft Bromberg von der Polizei in der Expedition der „Volkszeitung" und in sämtlichen Zeitungsverkaufsstellen beschlagnahmt. Den Grund der Beschlagnahme bildete der Leitartikel mit der Überschrift „Säbelhiebe, Kugeln und Bajonette für die hungernden Arbeiter". Da der Artikel einen Bericht über die stürmische Sejmsitzung am vergangenen Dienstag enthält, und zwar die Debatten über den Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Sejmabgeordneten wegen der blutigen Vorgänge in Lodz, Czenstochau und Bielitz, wird Sejmabgeordneter Pankratz auf Grund des Artikels 31 der polnischen Verfassung in einer der nächsten Sejmsitzungen eine Interpellation an den Justizminister richten. Artikel 31 besagt, daß niemand zur Verantwortung gezogen werden kann, der über den Verlauf einer öffentlichen Sejmsitzung bzw. einer Sejmkommissionssitzung wahrheitsgemäß berichtet.

Republik Polen.

Konfanty — Bosel — Stinnes.

Der „Illustrowany Kurjer" bringt folgende Nachricht aus Wien:

In Marienbad ist durch Vermittelung polnischer Abgeordneter in Prag der Abgeordnete Korfanty mit dem bekannten Milliardär Bosel aus Wien zusammengekommen, um mit Hilfe der österreichischen Großfinanz das Kapital von Stinnes in Oberschlesien zu verdrängen. An den Unterhandlungen nahm gleichfalls teil der tschechische Staatsangehörige Weichmann, der in der oberschlesischen Industrie sehr stark engagiert ist. Nach einer anderen Lesart soll auch der Wiener Bosel mit Hugo Stinnes in enger Zusammenarbeit stehen.

Stadtverordneten-versammlung zu Bromberg.

Bromberg, 28. Juli.

Brombergs Finanzlage.

In der letzten Stadtverordnetensitzung am Donnerstag, die von dem stellvertretenden Vorsteher Banach geleitet wurde, bildete den Hauptgegenstand der Erörterung

die finanzielle Lage der Stadt,

die sich an einen vom Vizestadtpräsidenten Dr. Chmielarski erstatteten Bericht knüpfte. Der Bericht des Magistrats, der sich auf die Zeit bis 1. August d. J. erstreckte, stellt fest, daß in der Stadtwirtschaft ein Defizit besteht von über drei Milliarden oder genau 3040 Millionen, wofür aus Eingängen eine Deckung von rund 320 Millionen erwartet werden kann, so daß nach dem 1. August noch ein Defizit von 2720 Millionen verbleibt. In diesen Ziffern sind natürlich die fundierten städtischen Schulden nicht enthalten. Wie der Vizepräsident mitteilte, konnte infolgedessen nicht einmal den städtischen Beamten und Angestellten die ihnen für den Juli zustehende 48prozentige Zulage gezahlt werden, ja einige haben noch nicht einmal den 28prozentigen Vorschuß darauf erhalten. Das Personal des Stadttheaters erhält die Gage ratenweise, aber auch so, daß die Bezahlung erst zum Teil erfolgt ist. Der Magistrat hat sich deshalb an die Regierung wegen eines Darlehns von wenigstens zwei Milliarden Mark gewandt. Der Rest des Defizits sollte aus anderen Quellen, u. a. durch den Verkauf des städtischen Grundstücks in der Danziger Straße neben dem Krankenhause an die „Bibljoteka Polska", gedeckt werden.

Dr. Chmielarski ist zwar im Zweifel, ob die Regierung die beantragte Summe bewilligen würde, hofft aber, etwa die Hälfte davon zu erlangen. Schuld an diesen Verhältnissen sind nach Ansicht des Magistrats die langwierigen Sejmverhandlungen über die vorläufige Regelung der kommunalen Finanzen und die Tatsache, daß die Gesetze für das ehemals preußische Teilgebiet immer später herauskommen als für die übrigen Teilgebiete.

In der Debatte über diesen Gegenstand war die Verwaltung einer Reihe von Angriffen ausgesetzt; einzelne Redner warfen ihr vor, daß sie es an der nötigen Energie zur Beseitigung des materiellen Druckes, unter dem die Stadt stehe, fehlen lasse. Ein Redner bemängelte es, daß die Verhandlungen mit der Bibljoteka Polska sich so lange hinzögen, ein zweiter fragte, weshalb die Verhandlungen mit der Landesdarlehnskasse wegen des Ankaufs der sog. Hempelei (Hempelscher Gutshof in der Wilhelmstraße) nicht zum Abschluß gekommen seien, und ein dritter wollte wissen, was die vor kurzem eingesetzte Kommission, die die städtische Finanzlage untersuchen und Vorschläge zur Sanierung machen sollte, bis jetzt zuwege gebracht habe, und warum ein Bericht über diese Sache noch nicht erstattet sei. Dieser letztere Redner schlägt auch vor, auswärtige Kapitalien zur Bautätigkeit in der Stadt anzuregen, wo Raum für die größten industriellen Unternehmungen reichlich vorhanden sei, und wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen so günstig seien, wie selten in einer Stadt in Polen. Die Zeit der Träume über ein Groß-Bromberg müsse vorbei sein, jetzt müßten Taten sichtbar werden.

Dr. Chmielarski antwortete auf diese kritischen Auslassungen, daß der Kaufvertrag mit der Bibljoteka Polska zur Unterschrift bereit liege. Die Unterhandlungen mit der Landesdarlehnskasse hätten sich zerschlagen, da die Darlehnskasse auf die städtische Bedingung, ihr bisheriges Gebäude nach Fertigstellung ihres Neubaues auf dem früher Hempelschen Grundstück der Stadt zu überlassen, nicht habe eingehen wollen. Anregungen endlich an das mobile Kapital zur Bautätigkeit und zu industriellen Neuanlagen seien aussichtslos, da es heute in Polen Kapital nicht gebe; die Angabe, daß sonst überall die Bautätigkeit sich rege, erschiene ihm stark übertrieben. Die Bemerkung eines Redners, daß, solange das Mieterschutzgesetz bestände, niemand bauen werde, wurde von dem Stadtv. Matuszczak, dem Vorsitzenden des Mietervereins, dahin berichtigt, daß das Mieterschutzgesetz auf Neubauten keine Anwendung finde. Dieser Redner fügte noch hinzu, es gebe in Bromberg eine Handvoll Leute, die die ganze Stadt in ihrer Hand und in ihrer Tasche monopolisieren möchten; diese Leute bildeten das Hindernis für den Zufluß des Kapitals aus anderen Teilen des Landes nach Bromberg. Dieser Teil der Erörterungen, der sich auf die Frage der Heranziehung von auswärtigem Kapital bezieht, wurde der oben erwähnten Untersuchungskommission zur Erwägung überwiesen.

Die anderen Gegenstände der Tagesordnung wurden ohne lange Debatten erledigt. Dem Plan des Magistrates betreffs Ausbaues des Stadtteiles am alten Kanal im Zuge der Nakelerstraße wurde zugestimmt. Sodann wurde ein Magistratsantrag, zu der Gewerbesteuer für das Jahr 1921 einen Zuschlag von 4500 Prozent zu erheben, genehmigt. Des weiteren wurde das Marktstandgeld um 500 Prozent für die Produzenten und um 1000 Prozent für die Händler erhöht, sodaß künftig für 1 Quadratmeter Raum 3000 resp. 6000 Mark zu zahlen sind. Ferner wurde die Schlachthausgebühr um weitere 100 Prozent erhöht und die vorschußweise Einziehung des Wassergeldes und der Kanalgebühr in derselben Höhe wie im vorigen Vierteljahr genehmigt. Sodann wurde außerhalb der Tagesordnung ein neues Statut für die Erhebung einer Umsatzsteuer von Grundstücken genehmigt. Die Steuer soll 4 Prozent von der Kaufsumme betragen, und der Ertrag ist für dieses Jahr auf 1 Milliarde berechnet. Die Einziehung der Steuer soll statutenmäßig durch den Notar, der den Kaufvertrag anfertigt, eingezogen werden. — Als Delegierte zu einer Delegierten-Versammlung des polnischen Städtebundes, die im September in Kattowitz stattfinden soll, wurden Stadtpräsident Dr. Śliwiński, Stadtrat Regamey und die Stadtverordneten Lewandowski, Weimann und Banach gewählt. — Einer Einladung des tschechischen Konsulats, zu einer Ausstellung der tschechischen Städte in Prag Delegierte zu entsenden, kann wegen der ungünstigen Lage der städtischen Finanzen nicht entsprochen werden. — Die öffentliche Sitzung dauerte bis 10 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 30. Juli.

Deutscher Heimatbote in Polen.

In der kürzlich erschienenen Juli-Nummer behandelt der Herausgeber Paul Dobbermann das Thema „Volk und Menschheit", und wendet sich gegen die Auffassungen der Pazifisten, daß es das höchste Ziel des Einzelnen sein müsse, unter Hintansetzung seines eigenen Volkstums sich zum Allgemein-Menschlichen emporzuentwickeln. Der Aufsatz schließt mit dem beherzigenswerten Wort Wilh. Stapels über die Pazifisten: „Sie fließen über von Versöhnung der Völker, aber mit ihrem eigenen Volke vermögen sie sich nicht zu versöhnen!" — Dem beachtenswerten Aufsatz folgt die kurze Politische Monatsschau, und darauf die diesmal recht ausgedehnte „Heimat-Rundschau", in der der Herausgeber die verschiedenen Eindrücke zusammenfaßt, die er während seiner Reise nach Bielitz (zur deutschen Lehrertagung) in verschiedenen Gebieten Polens gewonnen hat, vornehmlich in bezug auf die Pflege des deutschen Volkstums. Dieser Aufsatz ist mit einer Anzahl von Bildern geschmückt, die Warschauer Ansichten bringen. In dem Abschnitt „Kunst und Schrifttum" werden Bücher besprochen, „die hierzulande jeder Deutsche kennen sollte". Der unterhaltende Teil bringt neben der Fortsetzung des Romans „Der Paddenhof" eine spannende Erzählung aus der Zeit der Hussitenkriege „Der Fall von Wedrau". — Die Abteilung „Frohmut und Scherz" ist natürlich wieder mit hübschen kleinen Beiträgen vertreten (auch mit neuen Heimaträtseln), Mitteilungen aus der deutschen Turnerschaft in Polen, Notizen amtlicher Art „Fürs tägliche Leben", mehrere Gedichte, und eine Anzahl Geschäftsanzeigen vervollständigen den Inhalt des Juli-Heftes dieser Monatsschrift, die wir erneut der freundlichen Beachtung der deutschen Kreise in Stadt und Land empfehlen. — **Preis: Bei der Post vierteljährlich 12 180 Mark, unter Streifband gegen Vorauszahlung in der Geschäftsstelle Bydgoszcz, Dworcowa (Bahnhofstraße) 6, — 15 000 M., Einzelnummer im Buchhandel und der Geschäftsstelle 5000 Mark.**

§ **Das Operngastspiel im Stadttheater** fand am Sonnabend seinen Abschluß mit Offenbachs Operette „Die schöne Helena". Nach den vorangegangenen Operntragödien also das Satyrspiel, die Burleske, die mit olympischen Göttern ein parodistisches Spiel treibt, und unter dieser Maske die gesellschaftlichen Zustände des zweiten französischen Kaiserreichs persifliert. Diesen parodistischen Stil (soweit man diesen Ausdruck bei der Offenbachiade anwenden kann) traf die Aufführung aber nur stellenweise und im Grunde genommen nur in der Gestalt des Königs „Menelaus, des Guten", für den ein Gast, Herr Bratkiewicz aus Krakau trockene Komik mit drastischen Übertreibungen einsetzte. An solcher Parodistik, die mit offensichtlicher Übertreibung arbeitet, die in Sprache, Spiel und Gebärde „den Tyrannen noch übertyrannt," die mit hohlem Pathos und ähnlichen überspitzten Mitteln das Burleske herausholt, fehlte es fast durchgehends, da die Darsteller die Sache gewissermaßen zu ernst, in diesem Falle zu zahm anfaßten. Das galt auch von der Helena des Frl. Zamorska, die sich auch gesanglich sehr zurückhielt, immerhin aber schöne Momente hatte, sowie von dem Paris des Herrn Ostoja, während Herr Rawita mit seinem dickwanstigen und beweglichen Kalchas zumteil das Richtige traf. Flott und fesch gab sich der Orestes des Frl. Majchrzakow. Das Musikalische zeigte unter Leitung des Kapellmeisters Tyllia im ganzen frisches Temperament, und die Traumszene war auch gesanglich gut herausgearbeitet. Das Haus war wieder ausverkauft und zeigte sich sehr beifallsfreudig. — Das achttägige Operngastspiel war reich an äußeren Erfolgen, da es fast allabendlich ein ausverkauftes Haus gab; aber auch die künstlerische Ausbeute stand auf beachtenswerter Höhe, dank einer Anzahl trefflicher Kräfte. kb.

§ **Bauarbeiterstreik.** Die Bauarbeiter sind, entsprechend einem in der gestrigen Versammlung gefaßten Beschluß wegen Lohndifferenzen mit den Arbeitgebern in Streik getreten.

§ **Unterwegs bestohlen.** Am Sonnabend fuhr ein Besitzer aus der Umgegend auf der Danziger Chaussee nach Hause und nahm dabei kurz hinter Bromberg einen jungen Mann mit, der ihn darum gebeten hatte. In Osielsk kehrten beide ins Gasthaus ein, um sich zu erfrischen, und bei der Weiterfahrt stahl der Mann vom Wagen eine Anzahl Kleidungsstücke (Regenmantel, Herrenpaletot, Westen, Beinkleider), auch einen Teppich, und machte sich mit der Beute aus dem Staube. Er wurde am Bahnhof abgefaßt und die gestohlenen Sachen wurden ihm abgenommen. Der Geschädigte kann sich auf der Bahnhofspolizei, Zimmer 21, melden.

§ **Spurlos verschwunden** ist die 16jährige Margarete Gaddak, die dem Artistenpersonal des Zirkus angehört, der gegenwärtig auf dem Platze hinter Patzers Park Vorstellungen gibt.

§ **Aufgeklärter Kirchenraub.** Am 22. April d. J. wurde in Filehne ein Kirchenraub verübt, bei dem den Einbrechern wertvolle Kelche usw. in die Hände fielen. Nunmehr ist es gelungen, die Täter zu ermitteln und festzunehmen. Es sind zwei Brüder Pawlowski aus Posen, bei denen die geraubten Sachen, leider schon zerschnitten und zerschlagen, vorgefunden wurden.

§ **Diebstähle.** In einem Kaffeehause wurde ein Sommerüberzieher im Werte von einer Million Mark gestohlen. — In Osowagóra, Kr. Bromberg, wurden bei einem Einbruch in der Nacht zum Sonntag Gardinen, Tischdecken usw. im Werte von einer Million Mark entwendet.

§ **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Auf dem Posener Hauptbahnhof wurden zwei aus Bromberg zugereisten Frauen Manufakturwaren aller Art von hohem Gesamtwert abgenommen. (Meldungen der Geschädigten bei der hiesigen Kriminalpolizei, Zimmer 70.)

§ **Wem gehören die Sachen.** Am Sonnabend bot ein Mann einer Frau eine Menge Kleidungsstücke an als Pfand für ein Darlehn von 10 000 Mark. Es handelte sich offenbar um Diebesbeute. Meldungen Geschädigter Kriminalpolizei Zimmer 39.

§ **Ein halbes Dutzend Taschendiebe wurden** am Sonnabend festgenommen. Ein „vierblättriges Kleeblatt" aus Lodz hate auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek) einer Frau 55 000 Mark gestohlen. (Die Bestohlene kann sich auf der Kriminalpolizei Zimmer 70 melden.) Zwei andere Taschendiebe, Gäste aus Wloclawek, wurden auf frischer Tat abgefaßt, als sie versuchten, zwei Herren um ihre Brieftaschen zu erleichtern.

§ **Festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag drei Sittendirnen und zwei Betrunkene.

*

Vereine, Veranstaltungen rc.

Chor der Christus- und Pfarrkirche. Diese Woche am Dienstag und Freitag Übungsstunde im Gemeindehause, Elisabethstraße 10. Herren 7½, Damen 8 Uhr. Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. Hopp. (7632

* * *

* **Posen** (Poznań), 28. Juli. Am Montag, 23. Juli, abends, ist, wie die „Gazeta Pozn." meldet, in Powidz bei Gnesen ein bestialischer Mord an dem Landwirt Mężydło begangen worden, den eine ganze Familie ausgeführt hat. Es handelt sich um den Wirt Leon Górski, seine Frau Antonina, den 12jährigen Sohn Leon (!), die Schwiegermutter Antonina Sula, die beiden Schwager Andrzej und Wojciech Sula, sowie das Dienstmädchen Dziedzic. Mężydło, der Ermordete, hatte vor einigen Jahren seine Wirtschaft dem Nachbar Górski verkauft, der bis jetzt noch keine Auflassung erhalten hatte, weshalb es zwischen beiden zum Prozeß und zu Feindseligkeiten kam. M. soll am Montag in angeheitertem Zustande aus der Stadt gekommen sein und mit dem Stock an die Tür der Górskis geschlagen haben, deren Wohnung in demselben Hause liegt, und nur durch einen Gang getrennt ist. Gleich darauf stürzten alle Górskis, bewaffnet mit Axt, Beil, Fichtenknüppel und eisenbeschlagenen Stöcken auf M. und ruhten nicht eher mit ihren Schlägen, bis dieser seinen Geist aufgegeben hatte. Während des Kampfes reichte die Mutter des M. dem Überfallenen einen Revolver, aus dem dieser zwei Schüsse auf seine Angreifer abgab, von denen der eine den einen Schwager Sula tödlich verwundete. Der Vater des M., der dem Sohn zu Hilfe kam, wurde so zugerichtet, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Auch die Mutter des M. wurde erheblich verletzt. Die Mörder sitzen hinter Schloß und Riegel.

* **Rawitsch** (Rawicz), 28. Juli. Nach einer vom Magistrat veröffentlichten Verordnung über eine Steuer für Nachtlager sind zu dieser alle Hotels, Pensionate und Restaurationen mit möblierten Zimmern verpflichtet. Die Steuer ist auf 25 Prozent der Summe für das Nachtlager festgesetzt.

Handels-Rundschau.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 28. Juli. Für 100 Polenmark wurden gezahlt: in Danzig 468,82—471,18, Auszahlung Warschau 458,85 bis 467,45, Auszahlung Posen 453,86—456,14; in Genf 0,0025; in London, Auszahlung Warschau 0,0009; in Neuyork 0,0005½; in Prag, Auszahlung Warschau 0,0195.

Warschauer Börse vom 28. Juli. Schecks und Umsätze: Belgien 9635—8800, Danzig 0,17, Berlin 0,17½—0,17, London 905 000—827 000, Neuyork 197 500—180 000, Paris 11 800—10 800, Prag 5875—5370, Wien 100 Kr. 278—253, Schweiz 32 200, Italien 7900. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 196 000—179 000, deutsche Mark 0,16.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 28. Juli. 1 holl. **Gulden** 361 593,75 **Geld**, 363 406,25 **Br.** 1 **Pfund** Sterl. 4 164 562,50 **Gd.**, 4 185 437,50 **Br.** 1 **Doll.** 857 850,00 **Gd.**, 862 150,00 **Brief.** 100 **poln. Mark** 468,82 **Gd.**, 471,18 **Br.**, **verkehrsfreie Auszahlung Warschau** 458,85 **Gd.**, 461,15 **Br.**, **verkehrsfreie Auszahlung Posen** 453,81 **Gd.**, 456,14 **Br.** 1 fr. **Frank** 52 867,50 **Gd.**, 53 132,50 **Br.**

Schlußkurse Danzig vom 28. Juli. Abendfreiverkehr: Dollar 875 000, Polennoten 445; Neuyorker Parität 999 999,90.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für deutsche 1000- und 100-Markscheine 15, 50-, 20- und 10-Markscheine 15, kleine Scheine 15 Mark; 1 Dollar, große Scheine 179 000, kleine Scheine 177 210, franz. Frank 10 550, Schweizer Frank 31 940, Pfund Sterling 822 000, Złoty 25 000.

Aktienmarkt.

Posener Börse. Das Sekretariat der Posener Börse teilt mit, daß der gesteigerte Umsatz auf der Posener Börse und die daraus folgende Arbeitsüberhäufung in den Effektenabteilungen der einzelnen Banken den Börsenrat zu dem Beschluß bewogen hat, daß zur Aufarbeitung der Rückstände an Börsenaufträgen die Börse von dieser Woche ab bis auf Widerruf am Mittwoch und Sonnabend geschlossen bleibt.

Produktenmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 26. Juli bis 28. Juli. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Roggen 270 000—290 000 M., Weizen 530 000—550 000 M., Futtergerste —,— bis —,— M., Braugerste 240 000—270 000 M., Felderbsen —,— bis —,— M., Viktoriaerbsen —,— bis —,— M., Hafer 370 000—400 000 M., Speisekartoffeln —,— bis —,— M., Roggenstroh, gepreßt —,— M., Weizenmehl (70 pCt.) 840 000—900 000 M., Roggenmehl (70 pCt.) 460 000—500 000 M., Weizenkleie 140 000—150 000 M., Roggenkleie 140 000—150 000 M.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 28. Juli. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. — Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen 520 000—560 000, Roggen 275 000—295 000 M., Wintergerste 190 000—200 000 M., Braugerste 230 000—260 000, Weizenmehl 65%, 800 000—850 000 M., Roggenmehl 70%, 430 000—460 000 M. (inkl. Säcke), Hafer alt 380 000—400 000 M., Weizenkleie 140 000 M., Roggenkleie 140 000 Mark.

Der Regen vermindert die Vorräte. — Tendenz: fest.

Wilna, 25. Juli. Leichtes Rohleder 700—750 000 das Pud, schwer 800 000, leichte Sohlen 65 000 das Pfund, mittel 60 000, schwer 65 000.

Flachs. Wilna, 25. Juli. Preis für 1 Pud. Rohflachs 210—260 000, rein geklopft bis 480 000, in Schnüren bis 110 000, Hanf bis 230 000. Tendenz steigend. Zufuhr schwach.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 28. Juli bei Toruń (Thorn) + 0,52, Fordon + 0,37, Chełmno (Culm) + 0,32, Grudziądz (Graudenz) + 0,33, Kurzebrack + 0,73, Pieckel + 0,15, Tczew (Dirschau) + 0,22, Einlage + 2,54, Schiewenhorst + 2,76, Zawichost am 27. Juli + 0,93 Meter. Kraków am 27. Juli — 2,44 Meter. Warszawa am 27. Juli + 1,11 Meter. Płock am 27. Juli — 0,65 Meter.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den politischen Teil i. V. Gotthold Starke; für den übrigen Teil i. V. Karl Bendisch; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck u. Verlag von A. Dittmann G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund" Nr. 60.

Josef Czarnecki Dentist — Paul Czarnecki Dentist
Plac Wolności Nr. 2, I
Weltzienplatz 2, I 7451
Sprechstunden 9—5 Uhr.

Hebamme Gryszkowska
Privat-Klinik f. Wöchnerinnen, 8337
Długa 5. Tel. 1673.

2—3 Ltr. Ziegenmilch täglich abzugeben 8347
Toruńska 168.

20000 Stück Schamottesteine 7472
In- und Auslandware gibt ab
Knümann & Radziński
Backofenbau und Feuerungsanlagen
Bydgoszcz, Garbary 33, Telef. 1370.

Echte Schweizer Seidengaze
kenntlich durch 3 rote Streifen in den Kanten, 7235
Messerpicken, Furchenhämmer usw. empfehlen
Ferd. Ziegler & Co., Bydgoszcz.

Herr Raether aus Bydgoszcz
ist nicht berechtigt
Aufträge
für mich entgegen zu nehmen, sowie
Gelder zu kassieren.
Erwin Hauser, Tczew.

Weltberühmte
Rostschutz-Farben
nach Patent von Dr. Liebreich
empfiehlt
„Zabłocie" Zakłady Chem. S. A.
Zywiec.
Vertretung
J. Schrager, Kattowitz,
Sienkiewicza 17. 6951

Disconto-Gesellschaft Berlin

Bankmäßige Geschäfte aller Art

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland

Bilanz am 31. Dezember 1922.*)

Aktiva.	ℳ	₰	Passiva.	ℳ	₰
Nicht eingezahltes Kommandit-Kapital	217 500 000	—	Kommandit-Kapital	900 000 000	—
Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	12 679 088 164	03	Allgemeine (gesetzliche) Reserve	507 950 000	—
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	41 254 333 676	81	Besondere Reserve	2 120 000 000	—
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	122 619 284 481	60	Bau-Reserve	80 000 000	—
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	141 063 765	80	Gläubiger	278 736 613 854	47
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	6 108 240 880	20	Akzepte	787 877 343	10
Eigene Wertpapiere	258 035 138	10	Wohlfahrtseinrichtungen	7 695 840	70
Konsortial-Beteiligungen	683 431 086	40	Noch nicht abgehobene Gewinnanteile der früheren Jahre	2 144 057	40
Beteiligung bei der Norddeutsch. Bank in Hamburg	60 000 000	—	250 % Gewinnanteil auf Mark 610000000 Kommandit-Anteile	1 525 000 000	—
Beteiligung bei d. A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	100 000 000	—	Gewinnbeteiligung d. Aufsichtsrats	121 670 270	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken u. Bankfirmen	187 187 582	—	Gewinnbeteiligung d. Geschäftsinhaber, Direktoren, Prokuristen und Angestellten	1 134 914 828	—
Schuldner in laufend. Rechnung	101 542 820 420	03	Uebertrag auf neue Rechnung	7 778 884	—
Wertpapier-Bestände der Pensionskasse u. der Stiftungen	5 283 841	70			
Einrichtung	1	—			
Bankgebäude	69 859 500	—			
Sonstige Liegenschaften	5 516 540	—			
	285 931 645 077	67		285 931 645 077	67

*) Die Bilanz enthält nicht den Vermögensstand unserer Londoner und Metzer Niederlassungen.

Gewinn- und Verlustrechnung 1922**)

Soll.	ℳ	₰	Haben.	ℳ	₰
Verwaltungskosten	6 218 040 184	38	Vortrag aus 1921	7 224 179	51
Steuern	2 115 638 170	64	Effekten	842 235 466	75
Zu verteilender Reingewinn	4 789 363 982	—	Provision	4 499 874 604	44
			Wechsel und Zinsen	7 474 565 989	72
			Beteiligung bei der Norddeutsch. Bank in Hamburg	120 000 000	—
			Beteiligung bei d. A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	150 000 000	—
			Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken u. Bankfirmen	29 142 096	60
	13 123 042 337	02		13 123 042 337	02

**) Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält nicht das Erträgnis unserer Londoner und Metzer Niederlassungen. 7605

Gut erhaltene Sachen sind abzugeben: 7615
Ein Trieur eine Bandsäge ein Motorrad 3½ P.S.
Bartz, Pemperzyn bei Więcbork, Sępólno.

Eisen, Schraub., Kessel, Teigmasch. ꝛc. abzugb. 8346 Toruńska 168.

Zu kaufen gesucht
Reservoir,
gebraucht, 8340
Inhalt ca. 2000 Liter.
Off. erb. J. Żurawski, Pomorska 3.

Achtung!
1 Zentrifugal-Pumpe,
1 Kesseldruck-Pumpe,
mehr. Dampfventile,
mehr. Oel- u. Wasserpumpen für Auto,
2 Vergaser,
mehr. Abreißmagnete,
2 Flügelpumpen,
mehr. Kreissäg.-Bl..
zwei Spülkästen
zu verkaufen
Th. Szczepański,
ul. Szczecińska Nr. 9.
Telefon 867.

Eine fahrbare
Lokomobile
Flöther, 7 Atm., 1900, und einen
Kartoffelgraber
Harder, gebr., gut erh., weg. Auseinandersetzg. verkauft
E. Sczuplinski,
Kurki, Działdowo.

Drill-Maschine
Fabr. Flöther, gut erhalten, f. fremde Rechnung billig zu verkfn.
Kosmieja, 8306
ulica Gdańska 75b.

Palmen 1 Aquarium Kutschgeschirre
sucht 7515
Werner, Gdańska 95

60000 Mauersteine I. Kl.
frei Kahn Bydgoszcz, billig abzugeben. 8292
J. Lindenstrauß,
Dworcowa 63.
Telf. 124 u. 139.

Zeitungspapier
kauft ständig 6664
F. Kreski, Bydgoszcz.

Pachtungen

In d. Nähe von Bydgoszcz guter **Obstgarten** zu pacht. gesucht. Off. an **B. Kordus,** Okole, Berlińska 20. 8366

Fürsorgestelle für Krebskranke
und Verdächtige
in Pr. Friedland
(Grenzmark). 7563
Anfragen an Dr. Spude.

Graphologe
zur Beurteilung von Handschriften gesucht
Aufgabe der Adresse unter N. 7560 an die Geschst. d. Z. erbeten.

Ia Teer Dachpappe
äußerst günstig.
J. Lindenstrauß,
Dworcowa 63. 8362
Tel 124 u. 139.

Braunkohlen-Briketts
liefert 6703
Kantor Węglowy Bydgoszcz,
ul. Jagiellońska 46/47.
Tel. 8, 12 u. 13.

Kachelöfen
Ofensetzarbeiten u. -Reparaturen werd. von mir selbst ausgeführt. 7997
G. Ristau,
Töpfermeister, Bydg., Gdańska (Danzgstr.) 41.

Braune
Leder-Handtasche
mit Wykaz (Carlotte Roß) Sonnabend abd. **verloren gegangen.** Gegen Belohnung abzugeben b. **Jul. Roß,** ulica Gdańska 13. 7630

Schlapphut verloren
Aleje Mickiewicza od. Gdańska. Finder wird reichlich belohnt. 7633
Sniadeckich 20.

An- u. Verkäufe

Wollen Sie
verkaufen?
Wend. Sie s. vertrauensvoll an **S. Ruszkowski,** Dom Osadniczy, Poln.-Amerikanisch. Büro für Grundstückhdl, Herm.-Frankest. 1a. Tel. 885 3759

Güter-Agentur
und
landw. Ansiedlgs.-Büro
Aleksander Taszycki,
Bydgoszcz, 6665
Dworcowa 13. Tel. 780.
verkauft jedes b. uns z. Verkauf aufgegeb.
Grundstück
Agenturen in jeder größ. Stadt Polens.
Firma existiert seit 1892.

Wohn- u. Geschäftshäuser sowie **Villen**
zu kaufen ges. Off. an **Grundtke, Bydgoszcz,** Pomorska 43, II. 8350

Landwirtschaften,
mehrere Mühlen und Geschäft habe nach Deutschland zum Verkauf und Tausch, von 20 Morgen aufwärts.
F. Neumann,
Züllichau, 8334
Schloßstraße 21.

Landgrundstücke
Größe 20 bis 500 Mrg. zu kaufen ges. Off. an **Grundtke, Bydgoszcz,** Pomorska 43, II. 8351

Kaufe 1 Gut
von 500 - 2000 Morgen guten Boden. Off. von Besitzern selbst mit Näherem u. Preisang. zu s. an d. Annoncenbüro „PAR" T.A. Bydgoszcz, Dworcowa 18 unter **Nr. 245/7.** 7599

Geschäftsh. (Tausch) in Hamborn, 3 stöckig (Maßschneid.) tausche auf solches in Thorn, Graudenz od. Brombg. Pr. m. Waren 250 Mill. Haus in Allenstein tausche auf solches in Polen. Preis 150 Mill.
Masewski, Toruń,
7600 Lindego 1.

Haus
in Bydgoszcz, m. Hintergebäude, f. Fabrikationszwecke geeignet, gegen sofortige Kasse **zu kaufen gesucht.** Offerten unt. **B. 7490** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Ein schön., 3-st., massiv
Haus
in Essen (Deutschland), bestehend aus 18 Zim., geg. ein solches i. Bromberg od. Umgegend zu vertauschen. Zu erfrag. **Bromberg, ul. Orla 56,** im Geschäft. 8318

Geldmarkt

10-20 Mill.
suche auf 2 Monate zu leihen geg. hohe Zinsen. Offerten unt. **B. 8363** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

20-30 Mill.
sucht größ. Geschäftsunterneh. a. kurze Zeit, gegen hohe Zinsen, zu leihen. Off. u. **W. 8364** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Land- u. Geschäfts-Grundstücke,
Gasthöfe u. Hotels, Villen usw. werden dauernd bei mir zum Verkauf gemeldet. Auskunft nur an Selbstreflektanten. 7604
Georg Hombach,
Lindow/Mark,
Breitestraße 14.

Suche
Ziegeleiwerk oder Wassermühle
mit größ. Landwirtschaft von sofort zu kaufen. Off. u. H 8299 an die Gst. d. Dt. Rd.

Sehr schöner
Schrebergarten
Liebhaberobjekt, zu verkaufen. Angebote unter **B. 7470** an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Gutgeh. Fleischerei
mit elektr. Betrieb, sofort zu verk. Off. unt. **T. 8360** a. d. Gschst. d. Z.

Flottgehendes Kolonialwarengeschäft
in nur verkehrsreicher Stadtgegend von sofort gesucht. Off. erbittet:
M. Jastak, 7631
Golub, Pomorze.

1 Paar flotte, junge
Wagenpferde
(Passer), auch als Reitpferde geeign., z. verkf.
Franz Lehmann,
Bydgoszcz, 7561
Poznańska 28. Tel. 1670.

Habe 15 Stück
Albino-Frettchen 7611
zu verkaufen.
T. Wichmann
Wolice p. Barcin
pow. Szubiński.

Klavier
sucht ein jg. Ehepaar aus Privathand zu kaufen. Offert. unter **O. 7413** an d. Gst. d. Z.

Möbel
verschied. Art **kaufe.** Offerten unt. **H. 7998** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Kaufe und nehme in Kommission:
Möbel
Teppiche, Klaviere, Pelze, Porzellan, Gold- u. Silbersachen.
H. Pawłowski,
Wełniany Rynek (Wollmarkt) 10. 8285

Eichenfurniertes 8281
Schlafzimmer billig zum Verkauf. Nakielska 11, im Kolonialw.-Gesch.

Eichenes
Schlafzimmer
u. Schreibtisch, Spinde, Tische, Bettgestelle m. Spiral. u. Küchen sind z. verkfn.
Schmidt, 8335
Długosza (Sophienstraße) 8.

Fortzugsh. sof. preisw z. verk. erstkl. gut erh **Möbel** aus 2 Zim. und Küche.
W. Ostolski, 7579
Chodzież, Końskastr. 6.

Gestelle
zu Sofas, Chaiselong. u. Klubgarnituren,
und Polsterheede
verkauft günstig 7171
Komtoir,
ul. Sienkiewicza 16.

Komplette
Büro-einrichtungen
wie: 7140
Schreibtische
Schreibmasch.-Tische
Aktenschränke
gibt ab
Naruszewicza Nr. 2
(Holzhofstraße).

Z. verkauf.: Schwere gold. H.-Uhr, 585, Chronometerwerk, Damen- u. H.-Fahrrad, Torpedo, neu, Nähmasch., Schwingschiffchen, f. n., 1 Satz Federbett., I. Qu., neu. Z. erfr. Kordeckiego 29, II, r.
8125

Wer seine Wirtschaft
Haus, Mühle oder Fabrik
verkaufen will,
der wende sich vertrauensvoll an 6573
Baranski i Nalazek,
Dworcowa 32,
wo zahlungsfähige Käufer vorhanden sind.

Roggen und Hafer
auf Halme günstig zu verkaufen. Die Scheune kann mit übernommen werden. Meldung bei **Schultz,** Bydgoszcz, Jagiellońska 29. 8365

Gebrauchte Mauersteine
sucht zu kaufen 7396
„Rika", Budowl. Tow. Akc.
Marcinkowskiego 9.

15000 Mk. pro Zahn
zahlen wir für **alte künstliche Zähne,** einzelne auch in Gebissen, nach Untersuchung der Echtheit
Dental-Depot „Polonais"
ul. Gdańska 164. 7048

Fett- (Buchenholz)- Fässer u. Heringstonnen
kauft und erbittet Angebot 75
Ernst Schmidt,
Dworcowa 93. — Tel. 288 u. 1616.

2 kleine Autos
verkauft billig 7557
Recke, Dworcowa 4.

Fahrrad z vrk. Okole, Alte Schulstr. 12, pt., r., Besicht. 4-6 Uhr nachm.
8336

Selbstfahrer
u. Sielen, wenig gebraucht, Arbeitswagen mit Kasten und Leitern, ein- u. zweispännig, preiswert zu verkaufen. 8282
Albrecht, Fordon.

Fuhrwerks-Wage, ein Dogcart
suchen 7514
Gebr. Schlieper,
Gdańska 99.

Schwerer Arbeitswagen 3" u. **Phonograph** m. Pl., fast neu, z. verk. 8339
Strehlau, Kokocko.

Ein großer Kinderwagen, sehr gut erhalten, preiswert zu verk. bei **Dominowski,** ul. Nakielska 67, 1 Tr.
8370

2 Mühlensandsteine Läufer und Bodensteine
Größe 80, 90 bis 100 cm, kauft sofort und bittet um Angebote 7620
Wilhelm Sonnenberg,
Młyn parowy i tartak,
Nowawieś Wielka,
pow. Bydgoszcz.

1 gut erhaltene
Strohpresse (Welgers Patent)
betriebsfähig, 8363
1 Wolf u. Kutter
für Motorbetrieb, gut erhalten, zu verkf. bei
Otto Tonn,
Rzgowo (Wlp.)

4000 Stück gebr. Holl. Hohlpfannen
2 Stück 7579
Tiefkulturpflüge
gibt ab
Böhmfeldt, Wiąg,
Kreis Swiecie.

Wohnungen

In Mietsstreitigkeiten
sowie Schriftsätzen jeglicher Art
erteilt Rat und Hilfe 6749
Z. Gruszczyński, ul. Gdańska 162, II. Etg.

Wer kann mir eine 5343
7 bis 8-Zimmer-Wohnung
mit Ofenheizg. im Zentr. d. Stadt nachweisen? Wohnungseinrichtung wird evtl. mit übernommen. Kann auch eine gleich große **Villenwohnung** mit großem Obstgarten in Bielawki in Tausch geben. Gefl. Offerten u. O. 8343 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Laden
mit Einrichtung u. anschließender 3-Zimmer-Wohnung preiswert abzutreten. Näheres bei **Ulrich,** Krasińskiego 6, I, 2—5 nachm. 8350

Wohnungstausch!
Tausche schöne 4-Zim.-Wohng. gegen 5—6-Zim.-Wohng. Off. u. N. 8357 an d. Gst. d. Z.

Suche 8368
4-Zim.-Wohnung
Dembus, Jagiellonsk. 52

Gr. mod. 4-Z.-Wohn. in Brbg. geg. e. 3-4-Z.-W. i. Dtschl. Geg. Ostb. a. l. (Landsb., Küstrin) z. vertauschen. Off. u. S. 8331 an die Gschst. dies. Ztg.

Brautpaar sucht
2-3-Zimm.-Wohn.
Miete nach Vereinbar., evtl. w. Renovier. übern. Off. u. D. 8122 a. d. G. d. Z.

Junges Ehepaar sucht **2-3 Zimm. u. Küche.** Preis nach Vereinbar. Offerten unt. N. 8330 a. d. Geschäftsst. d. Z.

Suche von sofort oder später 2—3-**Zimmer-Wohnung** (Bahnhofstraße-Zentrum). Preis n. Vereinbarung. Off. u. S. 8359 a. d. G. d. Ztg.

Laden
mit Nebenräumen, für jede Branche geeignet, am Neuen Markt gelegen, zu vermieten. Ausf. Off. u. P. 7602 an die Gschst. dies. Ztg.

Laden a. m. Land zu vermiet. **Bydgoszcz,** Brzozowa (Oranienst.) 2
8338

Büro
best. aus 4-5 Zimmern, part. gelegen, 1 Min. vom Gericht entfernt, zu verm. Offert. unter N. 7603 a. d. Gst. d. Z.

Junges Mädchen v. L. k. b. e. Witwe miteinw. Siemiradzkiego 4, v. I.

Möbl. Zimmer

Bankbeamter
sucht v. sof. ein gut möbl. Zim. w. mögl. m. Klavier Off. u. N. 8252 a. d. G. d. Z.

Berufstät. Dame sucht **gut möbl. Zimmer.** Betten u. Wäsche vorh. Gefl. Off. u. N. 8325 a. d. Geschäftsst. d. Z.

2. s. möbl. Zimm.
v. 1. 8. mit sep. Eing. Zahle d. höchst. Preis. Off. u. P. 8344 a. d. Gst.

Möbl. Zimmer
im Zentr. d. Stadt v. berufst. Dame z. 1. 8. gesucht. Offert. unter D. 7986 a. d. Gst. d. Z.

Gut möbl. Zimmer
von berufstät. Dame zum 1. August gesucht. Offerten unt. E. 8150 a. d. Geschäftsst. d. Z.

2 gr. möbl. **Vorderzimm.** a. 1 od. 2 H. zu vm. Sniadeckich (Elisabethst.) 13/14, I, l. (3tr.).
8349

3 möbl. Zimmer mit Gartenbenutzung zu verm. Zduny 17. 8355

2 möbl. Z. Danzigerstr., Nähe Chodk., v. 1. 8. zu verm. Off. u. O. 8328 an die Gschst. dies. Ztg.

Büro-Räume
möbliert, mit Telefon-Anschluß, gegen Beteiligung zu vergeben. Offerten unt. F. 8293 an die Gschst. d. Ztg.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 171.

Bromberg, Dienstag den 31. Juli 1923.

Pommerellen.

30. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

A **Maßnahmen gegen den Zigarettenschmuggel.** In den letzten Tagen wurde durch Staatspolizei die hiesige Eisenbahnbrücke besetzt. Alle aus dem Kreise Schwetz kommenden Fuhrwerke und Personen wurden einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Wie man hört, ist diese Maßnahme getroffen worden wegen des in letzter Zeit immer stärker gewordenen Schmuggels deutscher Zigaretten über Danzig. Es fielen den Beamten bereits ganz bedeutende Mengen Zigaretten in die Hände. Einer Frau aus einem Dorfe von drüben wurden 15 000 Stück deutsche Zigaretten aus den Unterkleidern geholt. Wie man sagt, soll es im Kreise Schwetz Personen geben, die den Zigarettenschmuggel von Danzig gewerbsmäßig betreiben. Auch in den Zügen von Laskowitz nach Graudenz sollen besonders in der vierten Klasse derartige Revisionen stattfinden und auch bereits verschiedene Beschlagnahmungen stattgefunden haben. Der hiesige Bahnhof ist gleichfalls polizeilich überwacht. *

□ **Der Wochenmarkt** am Sonnabend war recht gut beschickt. Frische Kartoffeln waren schon fuhrenweise herangebracht. Der Preis schwankt zwischen 35 000 bis 50 000 M. Butter war auch viel vorhanden. Man forderte 15 000 bis 18 000 M. Um 11 Uhr war der Markt noch lange nicht von Butter geräumt. Eier wurden mit 15 000 bis 17 000 M. gehandelt. Die anderen Preise gestalteten sich folgendermaßen: Johannisbeeren 1500 M., Himbeeren 6000 M., Stachelbeeren 5000 M., Erdbeeren 6000 M., Blaubeeren 2000 M., Rehfüßchen 3000 M., Radies 500 M., Rhabarber 1000 M., Zwiebeln 800 M., Weißkohl 2000 M. pro Pfund, Kirschen 6000 bis 7000 M., Mohrrüben 500 bis 800 M., grüne Bohnen 4000 bis 5000 M., Kohlrabi 1500 M., das Paar junge Tauben 10 000 M. Die Pilzzufuhr ist nach dem Regen stärker, die Pilze sind größer ausgewachsen. Die Verkäuferinnen halten aber auch Preis. Die Blaubeerenzufuhr ist zurückgegangen. Trotz des Preises von 2000 M. war der Markt schon frühzeitig davon geräumt. Fleischwaren sind auch im Preise gestiegen. Wie die Fleischer behaupten, müssen sie für gute Schweine bereits bis 800 000 Mark für den Zentner zahlen. Es kostet: Schweinefleisch, auch Karbonade 12 000 M., Klops 13 000 bis 14 000 M., frischer Speck 16 000 M., Rindfleisch 10 000 M., Kalbfleisch 8000 bis 9000 M., Schaffleisch 8000 M., Talg 16 000 M. Auf dem Markt ist reichlich Fleisch vorhanden. Es stehen mehrere Reihen Fleischbuden, die alle Fleisch- und Wurstarten aufweisen. Der Sonnabend-Markt zeigte im allgemeinen geringe Kauflust. Die Zeit vor dem Ersten machte sich stark bemerkbar. *

d. **Ein neuer Erwerbszweig** ist hier der Verkauf zerkleinerten Holzes. Besonders aus den Sanddörfern des Kreises Schwetz kommen Landleute mit meist einem Pferde bespannten Fuhrwerken, welche voll Kleinholz gepackt sind, zur Stadt. Noch vor wenigen Monaten zahlte man für solch ein Fuhrchen 50 000 M. In den letzten Monaten ist der Preis natürlich bedeutend gesteigert, ja verdoppelt. *

e. **Die Hausbettelei** nimmt hier sehr zu. Besonders die Ladengeschäfte werden von Angehörigen der Bettlerzunft ganz unverschämt heimgesucht. Eine besondere „Spezialität" sind Hausierer, denen ihre körperlichen Gebrechen bescheinigt sind, und die daraufhin das Geschäft rentabler gestalten wollen. *

Thorn (Toruń).

—* **Die außerordentliche Stadtverordnetenversammlung** am vergangenen Mittwoch hatte als wichtigsten Punkt die Wahl des neuen Theaterdirektors auf der Tagesordnung, die letztmalig wegen Uneinigkeit zwischen den Klubs der Rechten und der N. P. R. (Nationalen Arbeiterpartei) vertagt worden war. Nach längerer Debatte wurde als einziger Kandidat der bisherige Vizedirektor Szapkiewicz aufgestellt. Für ihn stimmte die Bürgerpartei, die Christl.-Nat. Partei sowie die Invaliden, gegen ihn die N. P. R. Die deutschen Stadtverordneten enthielten sich der Abstimmung. Nach erfolgter Wahl erklärten die Vertreter der N. P. R. in einer Resolution an den Magistrat die Wahl für ungültig mit der Begründung, daß sie nicht gerecht vor sich gegangen und daß dem Gegenkandidaten nicht Zeit zur Rehabilitierung gelassen worden wäre. — Es folgte die Erhöhung des ärztlichen Tarifs für Hilfeleistung bei Armen im städtischen Krankenhause auf 20 000 Mark vierteljährlich. Desgleichen wurde den Ordinatoren in derselben Anstalt das Gehalt erhöht, so daß sie jetzt die Hälfte des Gehalts der Klasse 7 der Staatsbeamten beziehen. Um 100 Prozent erhöht wurden die Krankentransportkosten. Bestätigt wurde der Vertrag betr. Straßenreinigung, der mit der Rej. Inz. (Ingenieurabteilung der Festung Toruń) abgeschlossen wurde und wonach die Stadt auch die Reinigung der ehem. Moltke- und Albrechtstraße (auf der ehem. Wilhelmstadt) gegen ein jährliches Entgelt von 40 Zentnern Roggen übernimmt. **

—* **Über die Höhe der Schulstrafen** scheinen, wie uns aus dem Landkreise berichtet wird, in der Lehrerschaft selbst noch Zweifel zu bestehen. Die verhängten Strafen sind sehr verschieden und betragen z. B. 2000, 5000 und 6000 Mark pro Tag. Die kürzlich von uns gebrachte Notiz nannte als Vorschrift 6000 Mark. Vielleicht gibt die Kreisschulinspektion nochmals Auskunft. **

‡ **Truppeneinzug.** Donnerstag nachmittag 2,30 Uhr rückte das 8. schwere Artillerie-Regiment, das bisher in Graudenz lag und an Stelle der 8. Ulanen hierher verlegt wurde, in Thorn ein. Dem militärischen Schauspiel wohnte eine große Zahl von Zivilpersonen bei. **

* **Neustadt (Wejherowo),** 28. Juli. Hiesige Hausfrauen führen lebhafte Klagen, daß sie für teures Geld häufig verfälschte Butter, innen Kartoffeln oder ein großer Prozentsatz Molke, erhalten.

—* **Schönsee (Kowalewo),** 28. Juli. Am 8. August findet im Gasthaus Zielke eine Auktion von Bauholz und Strauch (Kiefern) statt. Desgleichen am 7. August in Dombrowo im Gasthaus Kamisch. Käufer müssen eine Bescheinigung vom zuständigen Wójt (Gemeindevorsteher) vorlegen, daß das Holz ausschließlich für ihre Zwecke bestimmt ist.

*

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig,** 28. Juli. Auf dem heutigen Wochenmarkt war das Rindfleisch auf 42 bis 48 000 Mark, das Hammelfleisch auf 38 bis 42 000 Mark und das Kalbfleisch auf 40 000 Mark für das Pfund gestiegen. Schweinefleisch war nicht auf den Markt gebracht worden, ebensowenig Schmalz. Margarine kostete 115 bis 120 000 Mark und ein junges Huhn 50 bis 120 000 Mark, ein Suppenhuhn 200 bis 250 000 Mark. Für die Mandel Eier mußten 80 000 Mark bezahlt werden. Gemüse war im Verhältnis zu diesen Preisen noch billig. An Obst mußte man 7 bis 8000 Mark für Blaubeeren, 8 bis 10 000 Mark für Johannisbeeren, 12 bis 20 000 Mark für Stachelbeeren, 20 bis 45 000 Mark für Erdbeeren und 20 bis 30 000 Mark für Kirschen bezahlen. Frische Kartoffeln kosteten 4000 Mark, alte 2000 Mark das Pfund. — Am morgigen Tage tritt eine neue erhebliche Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise in Kraft. Die Fahrpreise bewegen sich hinfort zwischen 6000 und 14 000 Mark.

Die Not der deutschen Schule in Polen.

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten der Deutschen Fraktion auf sofortige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung des Schulwesens der völkischen Minderheiten.

Durch internationale Verträge ist den völkischen Minderheiten im polnischen Staate die Gewähr gegeben, daß sie ihr Schulwesen erhalten und fortentwickeln. In näherer Ausführung dieser grundlegenden Bestimmungen hat der Art. 109 unserer Verfassung die Regelung des Minderheitenschulwesens durch ein besonderes Gesetz vorgesehen. Seitdem uns jene Zusagen in feierlicher Form gegeben wurden, sind Jahre ins Land gegangen, aber auf die Verwirklichung unserer Rechte warten wir noch immer vergebens. Man hat uns die ganze Zeit mit leeren Versprechungen abgespeist, aber ein Gesetzentwurf über unser Schulwesen ist bisher dem Sejm nicht vorgelegt worden. Als wir uns, um die Dinge in Fluß zu bringen, zur Mitarbeit an der Vorbereitung des gedachten Gesetzentwurfes erboten, hat man dieses unser Anerbieten abgelehnt. **Ja, man hat sogar geradezu alles getan, um unser in früherer Zeit so hoch entwickeltes deutsches Schulwesen möglichst restlos zu vernichten.** Wir müssen befürchten, daß die Zeit bis zum Wiederzusammentritt des Sejm dazu benutzt wird, das Vernichtungswerk zu Ende zu führen und daß wir am 1. September vor einem Trümmerfelde stehen.

Im einzelnen haben wir Klage zu führen über die **nachstehenden Maßnahmen und Methoden:**

1. Oberschlesien:

Selbst die denkbar stärkste Sicherung des deutschen Schulwesens, wie sie im Genfer Vertrag gegeben ist, wird bisher durch viele Verwaltungsorgane systematisch sabotiert. Man denkt nicht daran, das in dem zitierten Abkommen festgelegte Bestimmungsrecht der Eltern über die Erziehung ihrer Kinder zu achten. Etwa 30 000 Anträge, in denen die Aufnahme von Kindern in deutsche Volksschulen erbeten wurde, sind infolge Terrors zurückgezogen worden. Um die Eltern von der Anmeldung ihrer Kinder zu deutschen Schulen abzuhalten und um sie zu zwingen, ihre Erklärung zurückzunehmen, hat unter den Augen der Behörden die polnische Geistlichkeit (Dr. Jelite) die denkbar stärkste Agitation entfaltet, und die früheren Aufständischen haben es an Terrorakten nicht fehlen lassen. Obendrein hat man die Stellung der Anträge dadurch erschwert, daß allzu kurze Fristen gesetzt und entlegene Orte zur Abgabe der Anträge benannt wurden. An Kommunalschulen lebenslänglich angestellte Lehrkräfte werden kurzer Hand entlassen. Wollen die Deutschen Privatschulen eröffnen, so nimmt man ihnen die jeweils hierfür bereitgestellten Räumlichkeiten.

2. Kongreßpolen:

Die berüchtigte Schulnetzpolitik muß dazu herhalten, die Kinderzahl soweit herabzudrücken, daß die deutschen Schulen geschlossen werden können. **Man nimmt uns die Schulgrundstücke und Gebäude, das Bestimmungsrecht der Eltern wird mißachtet,** man fordert die polnische Unterrichtssprache und, um die Polonisierung der Kinder möglichst schnell durchzuführen, scheuen die Schulinspektoren auch vor skandalösen Druckmitteln und vor Mißbrauch ihrer Amtsgewalt nicht zurück, indem sie **den Lehrern die Befreiung von Prüfungen** zusichern, falls sie die polnische Unterrichtssprache einführen.

3. Großpolen:

Schließung einer großen Zahl von öffentlichen Schulen, die während eines Jahres von weniger als 40 Kindern besucht waren — eine übrigens ganz willkürlich gegriffene Zahl — künstliche Herabdrückung der Kinderzahl durch willkürliche Ein- und Ausschulung der Kinder, Ablehnung aller Anträge auf Eröffnung von Sammelschulen, **Fortnahme der Grundstücke und Gebäude deutsch-evangelischen Schulgemeinden** und das auch dort, wo in derselben Ortschaft eine Schule für die polnisch-katholischen Kinder besteht. Ja, die Fortnahme erfolgt auch dann, wenn es sich um ausdrückliche Schenkungen für die deutsch-evangelische Bevölkerung handelt. Auflösung der Schulvorstände der evangelischen Schulgemeinden. Der Ersatz dieser Schulen durch Privatschulen wird unmöglich gemacht; sei es, daß man Schulvereinen die Anerkennung versagt, sei es, daß man ihnen die Genehmigung zum Erwerb von Grundstücken und Baulichkeiten verweigert, sei es, daß man evangelischen Geistlichen das Recht zur Schulleitung abspricht. Den Schulleitern und Lehrern wird das polnische Staatsbürgerrecht aberkannt und zwar auch dann, wenn sie vorher an polnischen öffentlichen Schulen unterrichtet hatten, wodurch sie schon allein zweifellos die polnische Staatsangehörigkeit erworben hatten. Nichtzulassung reichsdeutscher Lehrkräfte und ersichtliche Nichterledigung ihrer Einbürgerungsanträge, obwohl viele von ihnen schon über 10 Jahre im Lande unterrichten. Forderung der Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift bei Schulleitern und Lehrern. Nichtanerkennung der Lehrbefähigung aus nichtigen Gründen, ja oft auch Anwendung besonderer Schikanen (Zempelburg, Filehne, Löbau usw.). Nichtanerkennung der Abschlußprüfung an den deutschen Schulen, Zwang gegenüber den Eltern, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken, so z. B. in Reichtal (Kreis Kempen), Hervorsuchung und Anwendung hundert Jahre alter preußischer Verordnungen, die aus der Zeit des unbeschränkten Absolutismus stammen, aus einer Zeit, in denen es noch nicht mal einen Parlamentarismus gab, und in der erst recht die Ideen über den Minderheitenschutz noch völlig unbekannt waren.

4. Kleinpolen:

In neuerer Zeit werden die Praktiken zur Vernichtung des deutschen Schulwesens, wie sie in den anderen Gebieten so erfolgreich angewandt wurden, auch auf Kleinpolen übertragen.

Auf alle diese Mißstände haben wir wiederholt in persönlichen Vorstellungen und Interpellationen hingewiesen. Alle unsere Schritte sind aber vergebens gewesen, **zur Abstellung der Mißstände ist nicht das Geringste geschehen,** ganz im Gegenteil: Schulkuratoren und Schulinspektoren haben darin gewetteifert, durch ihr selbstherrliches Vorgehen das deutsche Schulwesen zu vernichten.

Bei dieser Sachlage, die den Bestimmungen der Verfassung, allen demokratischen Grundsätzen und jeder Kultur geradezu Hohn spricht, beantragen die Unterzeichneten:

Ein Hohes Haus wolle beschließen:

Die Regierung wird ersucht, dem Sejm bis zu seinem Wiederzusammentritt einen Gesetzentwurf über die Minderheitenschulen vorzulegen, bis zum Inkrafttreten des Minderheitenschulgesetzes aber dafür zu sorgen, daß

1. keine der Volksschulen, die im vergangenen Jahre noch bestanden haben, aufgelöst wird,
2. evangelische Geistliche weiter die Leitungs- und Lehrbefähigung erhalten,
3. den bisher beschäftigten reichsdeutschen Lehrkräften an den höheren deutschen Privatschulen, die um Verleihung des polnischen Staatsbürgerrechts eingekommen sind, die Lehrerlaubnis erteilt wird,
4. von der Forderung abgegangen wird, daß die Schulleiter die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Warschau, den 26. Juli 1923.

Die Antragsteller.

*

Minderheitsschulfragen im Sejm.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 30. Juli. In der Sonnabend-Sitzung des Sejm kamen Schulangelegenheiten der Minderheiten zur Erörterung. Der deutsche Abgeordnete Utta beantragte sofortige Einbringung einer Gesetzvorlage über die Minderheitenschulen und erklärte u. a., daß die Behauptung des Unterrichtsministers Głąbiński, die nationalen Minderheiten wollten die polnische Sprache aus ihren Schulen entfernen, nicht richtig sei. Im Gegenteil hätten die nationalen Minderheiten ein großes Interesse daran, die polnische Sprache als eines der wichtigsten Fächer in ihren Schulen zu lehren. Der Abgeordnete bat im Interesse beider Nationen um Unterstützung seines Antrages. Ein Redner der Nationalen Arbeiterpartei (N. P. R.) sprach gegen den Antrag unter Hinweis auf die angebliche Verfolgung polnischer Lehranstalten in Deutschland.

Der Vergleich, den ausgerechnet ein Vertreter derjenigen Partei vorbringt, deren Senatsvertreter für Pommerellen mit deutscher Unterstützung gewählt wurde, ist hier wenig am Platze. In Polen werden deutsche von Deutschen erbaute Schulen geschlossen; in Deutschland müssen erst polnische Schulen von Deutschen aufgebaut werden. Auch rechtlich liegen die Verhältnisse durchaus verschieden, da sich die polnische Minderheit in Deutschland auf keinen Minderheitenschutzvertrag stützen kann. Wir sind an dieser und auch an anderer Stelle schon oft für die polnischen Minderheitsschulen im Deutschen Reich eingetreten und werden das auch weiterhin tun, trotzdem uns in derselben Angelegenheit mit einem Maß gemessen wird, das einen Vergleich nicht gerade empfiehlt. Daß wir uns in diesem Gerechtigkeitsgefühl wesentlich von dem (hoffentlich alleinstehenden) Vertreter der N. P. R. unterscheiden, erfüllt uns mit Stolz und einem gewissen Trost.

Die Vorgeschichte der polnischen Währung.

(Schluß.)

Das Gesetz zur Errichtung der polnischen Landesdarlehnskasse war dem Darlehnskassengesetz für das Deutsche Reich vom 4. August 1914 nachgebildet. Der Zweck war im Grunde genommen bei beiden Gesetzen derselbe, denn es sollten Geldmittel für die Privatwirtschaft verfügbar gemacht werden.

Bei dem Gesetz zur Errichtung der polnischen Landesdarlehnskasse spielten staatliche Interessen — eines Staates, der erst entstehen sollte — nur insoweit mit hinein, als Darlehen nur innerhalb des zukünftigen Staatsgebietes und nur an Untertanen dieses Staates ausgegeben wurden. Die Währungseinheit war nach dem neuen Staat benannt. Ihrem Wesen nach glich aber die „polnische" Währung der des Staates, der zur Zeit der Verordnung die Staatsgewalt besaß. Es wurde keine selbständige Währung geschaffen, sondern für ein Gebiet, das dem deutschen Staate zeitweilig unterstand, ein besonders gekennzeichnetes Geld ausgegeben. Dadurch, daß das Deutsche Reich die Einlösung zum Nennwerte in Reichsmark garantierte, konnte sich auch nicht ein eigener Kurs, ein unabhängiger äußerer Wert, bilden.

Die Liquidation sollte auf Anweisung des deutschen Reichskanzlers spätestens zwei Jahre nach der förmlichen Errichtung des Königreichs Polen erfolgen. Die Durchführung der Liquidation sollte ein Reichsbevollmächtigter leiten, Überschüsse und Reservefonds, die nicht zur Deckung von Verlusten dienten, flossen gemäß der Verordnung dem polnischen Staate zu.

Solange Polen der wirtschaftlichen Leitung des Deutschen Reiches unterstand, also ein wirtschaftliches Teilgebiet Deutschlands war, war der Rechtszustand einfach, und wäre es bei friedlicher Errichtung des neuen polnischen Staates auch geblieben. Mit dem Augenblick aber, als die Polen sich von Deutschland lossagten und die Regierung selbst übernahmen, begann sich ein eigener äußerer Wert für die polnische Mark zu bilden. Damals mußte die Bilanz gezogen werden und die Abrechnung erfolgen. Nicht eine einzige polnische Mark durfte der polnische Staat ohne besondere Kennzeichnung vor der Abrechnung mit dem Deutschen Reiche ausgeben. Den Schwierigkeiten, die sich in Bezug auf die Rechtslage aus einer schwankenden Papierwährung für das Wirtschaftsleben ergeben können, konnte nur so begegnet werden.

Zugleich mit der Bestimmung betreffend die polnische Landesdarlehnskasse erging eine Verordnung betreffend die Währung im Generalgouvernement Warschau. Danach war eine polnische Mark gleich einer deutschen, und alle auf die eine Währung lautenden Verbindlichkeiten konnten ohne weiteres auch in der anderen beglichen werden, während die Rubelwährung nebenbei bestehen blieb. Ihr Umrechnungskurs, der zunächst 1 Rubel = 1,90 polnische Mark lautete, sollte jedesmal vom Verwaltungschef festgesetzt werden. Bereits am 22. Januar 1917 wurde aber die Verordnung über die Rubelwährung infolge mangels an Rubelnoten dahin geändert, daß sämtliche auf Rubel lautende Zahlungsverbindlichkeiten in polnischer Markwährung zu dem Kurse von 1 Rubel = 2,16 polnische Mark beglichen werden konnten. Man sah sich also nun doch genötigt, die Rubelwährung möglichst entbehrlich zu machen und setzte, um Kurssprüngen und Spekulationen weniger Spielraum zu lassen, entgegen der eigentlich zugrunde zu legenden Bewertung am internationalen Devisenmarkt den Kurs auf die Goldparität beider Währungen hinauf. Diese Bestimmungen wurden durch die Verordnung vom 14. 4. 1917 noch verschärft; der Rubel wurde als Landeswährung ganz ausgeschaltet und zum ausländischen Zahlungsmittel erklärt: „Die polnische Mark ist im Generalgouvernement Warschau das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel; der Rubel hört auf, im Generalgouvernement Warschau gesetzliches Zahlungsmittel zu sein." Die Kursbildung des Rubels wurde nunmehr der Börse überlassen. In Warschau wurde aber der Rubel auch fernerhin stets höher notiert als an allen anderen Devisenmärkten. Als Rechnungseinheit war der Rubel nur noch mit besonderer Genehmigung in Ausnahmefällen gestattet.

Gleichzeitig wurde die Versendung der polnischen Mark über die Landesgrenze bis auf kleine Summen verboten. Ausfuhrverbote für Gold und Silber wie Bestimmungen über die Stückelung von Scheidemünzen bewegten sich in dem Bestreben, ein selbständiges Währungsgebiet Polen zu schaffen. Ebenso trugen wirtschaftspolitische Einzelerlasse deutscher Behörden diesem Gesichtspunkte Rechnung. Immer einschneidender wurden die Maßnahmen, um die russische Rubelwährung auszuschalten und schließlich wurde am 30. Juni 1918 noch eine Währungsverordnung dahin erlassen, daß der Gläubiger bis auf weiteres nicht verpflichtet ist, zur Erfüllung von Zahlungsverbindlichkeiten, welche vor dem 26. April 1917 — Tag des Inkrafttretens der Verordnung vom 15. 4. 1917 — entstanden sind, Rubel anzunehmen. Mit ein Grund für dieses Vorgehen war, daß die polnische Mark zum Teil mit Mißtrauen aufgenommen wurde und es nicht leicht war, ihre Annahme durchzusetzen. Davon zeugt auch die Erklärung des Reichskanzlers vom 26. Juni 1917, in der nochmals ausdrücklich auf die vom Deutschen Reiche übernommene Garantie hingewiesen wurde. Nach diesem langen Kampf mit dem Rubel war dann neben deutschem und russischem Gelde, die beide als Auslandsgeld betrachtet wurden — jenes nur theoretisch — in der Hauptsache die polnische Mark in Umlauf und galt als Zahlungsmittel und Rechnungseinheit.

Ein wenig anders war die Entwicklung im Bereich der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung Polens. Hier erging erst am 5. Juni 1916 eine Verordnung des Generalkommandanten dahin, daß die Zahlungsmittel der Kronenwährung angenommen werden müssen und daß der dabei anzuwendende Umrechnungskurs jeweils amtlich bekanntgegeben wird. Durch Verordnung vom 1. April 1917 wurde im § 1 dann folgendes bestimmt: „Die Zahlungsmittel der Kronenwährung sind gesetzliche Zahlungsmittel und müssen daher bei allen in Kronen zu leistenden Zahlungen zum vollen Nennwert angenommen werden." Der Umrechnungskurs sollte von Zeit zu Zeit bestimmt werden. Eine Außerkurssetzung des Rubels erfolgte nicht, so daß beide Währungen gesetzlich nebeneinander bestanden. Diese Verordnung entsprach einer gewissen Notlage und sollte die Annahme der Krone zum amtlichen Umrechnungkurs erzwingen.

Es bestanden also im österreichischen Verwaltungsgebiet die Rubelwährung und die Kronenwährung nebeneinander. Man war nicht so sehr bestrebt, den Rubel in seiner Bedeutung zu beeinträchtigen, als nur ein gewisses Gleichgewicht entsprechend den amtlichen Umrechnungskursen durchzusetzen; diese Bestimmungen ergaben folgendes Bild der Bewegung der Umrechnungskurse für Rubel und Kronen:

1. April	1917	. . . . 100 R. = 260 Kr.
18. September	1917	. . . . 100 R. = 240 Kr.
15. November	1917	. . . . 100 R. = 230 Kr.
27. November	1917	. . . . 100 R. = 210 Kr.
12. Dezember	1917	. . . . 100 R. = 205 Kr.
20. Dezember	1917	. . . . 100 R. = 195 Kr.
15. Januar	1918	. . . . 100 R. = 220 Kr.
22. Februar	1918	. . . . 100 R. = 215 Kr.
28. Mai	1918	. . . . 100 R. = 200 Kr.

Die Goldparität zwischen Krone und Rubel war 1 Rubel = 2,54 Kronen. Da die Entwertung beider Währungen in den ersten Jahren ziemlich die gleiche war und der Rubel zumeist ein wenig höher stand, hatte Österreich keine Veranlassung, vorher einen besonderen Umrechnungskurs zu bestimmen. Erst als sich Unterschiede herauszustellen begannen, griff man regelnd ein, und zwar geschah das zu einer Zeit, in der im Generalgouvernement Warschau die polnische Mark sich immer mehr durchsetzte.

Am Ende der Okkupationszeit ergab sich für beide Gebiete etwa folgendes Bild: Im Hauptgebiet, dem Generalgouvernement Warschau, wurde nach polnischer Mark gerechnet, während an fremden Geldsorten russisches und deutsches, vereinzelt in den Grenzgebieten auch österreichisches Geld vorhanden war. Das Wertverhältnis zwischen deutscher und polnischer Mark war feststehend und beruhte darauf, daß die polnische Mark nicht eine selbständige eigene Währung, sondern lediglich eine anders benannte, aber denselben Wurzeln und gleichen Garantien entspringende deutsche Nebenwährung war, die man wohl als Anschlußwährung bezeichnen kann. Im österreichisch-ungarischen Besatzungsgebiete bestanden Rubel- und Kronenwährung nebeneinander. Die Krone wurde in deutsche und damit auch in polnische Mark auf Grund der börsenmäßigen Kursnotierungen für deutsche Reichsmark und österreichische Krone umgerechnet. Zwischen polnischer Mark und österreichischer Krone trat nun vorübergehend ein stabiles Verhältnis ein, als der wenn auch vergebliche Versuch gemacht wurde, die deutsche Mark und die österreichische Krone in ein stabiles Verhältnis zu bringen, um dadurch den Sturz der Krone aufzuhalten. Die Umrechnung von Rubeln in Kronen folgte dem Stande des Devisenkurses, und zwar wurden, um ein ständiges Schwanken zu vermeiden, von Zeit zu Zeit amtliche Umrechnungszahlen bekanntgegeben. Dabei setzte sich die österreichische Krone als gesetzliches Zahlungsmittel immer mehr durch. In der Hauptsache galt also im deutschen Okkupationsgebiet die deutsche Markwährung, welche polnische Markwährung genannt wurde, im österreichischen Okkupationsgebiet die österreichische Kronenwährung

Kleine Rundschau.

* **Zahlende Hochzeitsgäste.** Die Kosten eines Hochzeitsmahles machen heute mehr denn je dem Brautvater schwere Sorgen. Ehemals war es der Bräutigam, dem diese Kosten zur Last fielen, und zwar waren sie auch schon beträchtlich. In Nürnberg kostete zu Anfang des 19. Jahrhunderts ein Hochzeitsessen 8 bis 15 Gulden für das Gedeck. Die Gäste entschädigten den jungen Hausstand durch reiche Geschenke; so kam beiden Teilen die Hochzeit teuer zu stehen. Allmählich bildet sich daher die „Zahlhochzeit" aus, bei der jeder Gast seine Zeche selber zahlt. Auf den Einladungen war gleich bemerkt, ob es sich um eine Zahlhochzeit handelte; in diesem Falle war der Preis angegeben. Auch in Oberbayern ist, vielfach auf dem Lande, die Zahlhochzeit gebräuchlich geworden. Wenn der Hochzeitslader mit seinem alten reizvollen Spruch von Haus zu Haus geht und die Ortsgenossen zur Trauung des Paares und danach zum Mahl in dem und dem Wirtshas lädt, nennt er, dem Zeitgeist folgend, den Preis pro Kopf und schreibt sich die Zusagen auf. Fernerstehende sagen sich vielleicht auch erst zum Kaffee und Kuchen nach der Mahlzeit an. Entwickeln sich die Preise wie bisher, so wird die Zahlhochzeit ziemlich allgemein werden müssen.

Handels-Rundschau.

Deutsche Millionen-Banknoten. Die deutsche Reichsbank gibt demnächst Einmillionen-, Fünfmillionen- und sogar Zehnmillionenscheine aus, um der Knappheit an Zahlungsmitteln zu begegnen. Alle drei Millionenscheine sind Hilfsbanknoten und nach englischem Muster auf geripptem Papier gedruckt. Der Hauptwert wird auf das Papier und auf andauernde Erneuerung der großen Scheine gelegt. Die Druckanordnung ist dieselbe wie bei den weißen Fünfhundertmarkscheinen. Die Millionenscheine können am 1. September aufgerufen werden.

Die Regelung der polnischen Ein- und Ausfuhr. In der letzten Sitzung des Kollegiums für Ein- und Ausfuhr wurden eine Reihe Gesuche um Ausfuhrerlaubnis erledigt. Es wurde u. a. nicht gestattet, 150 Waggon künstliche Düngemittel sowie größere Partien von angeblich bearbeitetem Eschenholz auszuführen. Das Hauptamt für Ein- und Ausfuhr bemüht sich um das Verbot der Einfuhr aller Luxuswaren. Das gegenwärtige Verbot weist noch viele Lücken auf.

Die Valutaausfuhrgebühren in Polen. Die Einnahmen des Staates von den Ausfuhrgebühren von fremden Valuten betrugen im Juni 11 617 Millionen Mark, im Juni war eine große Steigerung des polnischen Exports zu verzeichnen.

Die Vereinigung der Pommerellisch-Bydgoszczer Dachpappenfabrikanten hat die folgenden neuen Richtpreise festgesetzt: Dachpappen mit 80er Rohpappeneinlage pro Quadratmeter 14 500, 100er 12 000, 125er 10 000, 150er 8200, 200er 6500 Mark; Isolierpappe mit 80er Rohpappeneinlage pro Quadratmeter 20 000, 125er 17 500 Mark.